

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 31. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

#### Der sechste November.

Ein bedeutender und wichtiger Tag für die Arbeiterklasse Berlins rückt heran, der Tag der Stadtverordneten-Wahlen. Am 6. November treten die Kommunalwähler der III. Abteilung an die Wahlurnen, um 21 Sitze der Stadtverordneten-Versammlung auf sechs Jahre an die Männer ihres Vertrauens zu vergeben.

Doppelt bedeutsam und wichtig ist der diesjährige Wahltag dadurch, daß achtzehn — für jede Wählerabteilung sechs — neue Bezirke geschaffen sind, so daß sich die Zahl der Stadtverordneten von 126 auf 144 vermehrt.

Aus Furcht vor der Socialdemokratie und in der Sorge, die neuen Mandate der III. Abteilung an die politisch organisierte Arbeiterklasse abgeben zu müssen, hat die liberale Majorität des Rathauses die Mandate der I. und II. Wählerabteilung ebenfalls um je sechs vermehrt, damit jede Verengung der liberalen Herrschaft in der III. Abteilung durch einen um so größeren Machtzuwachs in den ersten Abteilungen ausgeglichen wird.

Durch die Vermehrung der Wahlbezirke müssen die Arbeiter dieses Jahr in fast der Hälfte aller Bezirke der III. Abteilung gegen das vereinigte Bürgerthum kämpfen. Der Kampf muß nun so energischer unter Aufbietung aller Kräfte geführt werden, je schwieriger es ist gegenüber der Koalition aller bürgerlichen Parteien den kommunal-socialen Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Die Geldherrschaft in der Kommune ist durch das Dreiklassen-Wahlrecht gesichert. Das entrechtete Volk muß es sich gefallen lassen, daß die Vertreter von 308 517 Wählern — in der übergroßen Mehrzahl Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbetreibende, Beamte usw. — in der Kommune überstimmt und vergeblich werden können von den Vertretern der Handvoll Reichen (601 Wähler I. Abteilung) und der geringen Zahl Wohlhabender (7742 Wähler II. Abteilung), welche zusammen über eine zwei-drittel Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung verfügen.

Charakteristisch für die Klassenwirtschaft in der Gemeinde und für das Fundament der Klassenherrschaft — das Dreiklassen-Wahlrecht — ist die Thatsache, daß von sämtlichen Wahlberechtigten — die obigen Zahlen gelten für die Bezirke, welche dieses Jahr wählen — geben jedoch in den übrigen Bezirken annähernd daselbe Bild — der I. Abteilung 0,24 Proz., der II. Abteilung 2,41 Proz. und der III. Abteilung 97,35 Proz. angehören. Und dieses schändliche Wahlrecht soll erhalten bleiben, damit die Socialdemokratie, als Vertretung der Arbeiterklasse, verhindert wird, den ihr gebührenden Einfluß in der städtischen Verwaltung zu erobern. Aber trotzdem dringt der Socialismus siegreich vorwärts. Die Energie und die Opferwilligkeit unserer Parteigenossen werden alle Schwierigkeiten überwinden, sie werden dafür sorgen, daß dem Geldhaas des Einzelnen die Entschlossenheit der Masse gegenübertritt, und daß die Sessel der III. Abteilung im Roten Haus aus socialdemokratischem Holz geschnitten werden.

Daß die Arbeiter hierbei einzig und allein auf sich selbst angewiesen sind, wird ihnen Eifer nur noch erhöhen. Es wäre arge Selbsttäuschung, wenn unsere Parteigenossen auf Hilfe oder Unterstützung aus anderen politischen Kreisen rechnen würden.

Bei der Wahl marschieren der ganze bürgerliche Mischausschlag einig und geschlossen gegen uns. Ein leuchtendes Beispiel in dieser Hinsicht haben die Vertreter des Liberalismus im Rathause gegeben. In den wichtigsten Fragen der städtischen Verwaltung ganz entgegen-gesetzter Meinung, verweisen diese Freisinnshelden bei der Wahl alle Gegensätze untereinander. Unter der Devise „Mandate gerettet — alles gerettet“ wurde eine „Mandatsversicherungsgesellschaft“ auf Gegenseitigkeit gegründet und ausgemacht, daß die Mitglieder der einen Fraktion die Mitglieder der anderen Fraktionen bei den Wahlen nicht bekämpfen dürfen. In diesen Burlesken bürgerlich-kommunaler Anstandslosigkeit sind die „Große Linke“, die „Neue Linke“ und die sogenannte „Lotteriekollektoren-Fraktion“ brüderlich untergetaucht, haben ihr „Wahlkartell“ von den freisinnig-demokratischen Bezirksvereins-Philistinen aichen lassen und werden dann im Besitze der mit Hilfe der „feindlichen Brüder“ ergatterten Gegenseitigkeits-Mandate die einen — damit es hübsch aussieht, ihr demokratisch-arbeiterfreundliches Gesicht aufsetzen — während die anderen — zum Schutze und zum Wohle der Aktionäre ihr monarchistisch-dividendenbedürftiges Herz wieder finden werden. Daß die „Neue Linke“ sich durch das Kartell um das bisherige Kredit, welches sie noch in der Bürgerchaft bejaht, gebracht hat, sieht die Mandatsleber natürlich nicht an; daß aber die Herren zur Ver-nichtung ihrer Gegner auf dem kommunalen Schlachtfelde kein anderes Mittel anwenden, als daß sie der Wiederwahl des Feindes die Wege ebnen — das mag rathauslich-kollegial, auch bürgerlich-freisinnig genannt werden — ehrlich demokratisch ist es aber nicht. In klarem Deutsch übersetzt heißt eine solche Wahltaktik: erst das Mandat und dann die Bestimmung.

Das Mandat und mit dem Mandat die Klassenherrschaft in der städtischen Verwaltung: darum handelt es sich für das Bürgerthum bei den Stadtverordneten-Wahlen. Das städtische Wirtschaftssystem ist zugeschnitten auf die Interessen der Kapitalistenklasse. Die Macht-haber im Rathaus sind in ihrer Majorität Angehörige und damit Vertreter der besitzenden Klasse.

Alle wirtschaftlich-kommunale Einrichtungen werden mit peinlicher Sorgfalt darauf geprüft — nicht ob sie der Allgemeinheit zu gute kommen — nein, ob sie der besitzenden Minderheit nicht materielle Schwächen bringen. Nicht eine ausreichende Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen wird der kommunalen Thätigkeit als Ziel gesteckt — nein, der Schutz der Besitzenden vor der „Begehrlichkeit“ der Arbeiterklasse wird als Aufgabe der städtischen Verwaltung proklamiert.

Liebevolle Pflege der wirtschaftlichen Interessen der reichen und wohlhabenden Minderheit — dagegen meist abweisende Zurückhaltung gegen die über das Allernotwendigste hinausgehenden Forderungen

zur Milderung von Krankheit, Not Hunger und Elend in den armen Bevölkerungsschichten.

Schutz des Hausagrarierthums (Herabsetzung der Kanalisations-geld, Erlass der Wassermietz, Ermäßigung des Wasserzolls) in jeder Beziehung — Vernachlässigung der der Kommunalverwaltung obliegenden Fürsorge für die Beschaffung sanitär- und hygienisch betriebiger Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter und Besit-losen.

Ausgiebige Befriedigung des Schulbedürfnisses für die Kinder der Reichen, — überfüllte städtische Schullassen mit unzureichenden Lehrkräften für die Kinder des Volkes. Reichlicher, alle Ansprüche deckender Zuschuß für die höheren Lehranstalten, — immer un-erträglicher werdender Mangel an Gemeinde-Schulhäusern und knappe Bemessung der Mittel für die Weiterentwicklung der Volksschule.

Auskömmliche, zum Theil hohe Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten — niedrige, vielfach gänzlich unzureichende Ent-lohnung der städtischen Arbeiter. Wohlmeinende Schonung der Arbeits-kraft der Beamten und Angestellten — lange Arbeitszeit und nach rein kapitalistischen Grundzügen geregelte Ausbeutung der Arbeiter.

Nach solchen Grundzügen wird die städtische Verwaltung im wirt-schaftlichen Interesse der Besitzenden, unter Vernachlässigung der sozialen Pflichten für die Allgemeinheit geführt.

Nach viel härterer tritt die monarchistisch-kapitalistische Wirtschafts-weise in die Erscheinung, wenn man die Art der städtischen Betriebe betrachtet. Die zur Befriedigung allgemeiner Wohlfahrtsinteressen eingerichteten städtischen Betriebe sind nachgerade zu einer Quelle für hohe indirekte Steuern geworden. So z. B. die Wasserwerke und Gasanstalten. Um nur von letzteren zu sprechen, ergibt sich aus den letzten Berichten, daß dieselben einen Ueberschuß von 5 bis 6 Millionen Mark jährlich bringen. Dieser Ueberschuß resultiert aus dem sehr hohen Preis für Leuchtgas — 16 Pf. pro Kubikmeter. Dieser Preis wirkt als Lichtsteuer, wird jedoch von maßgebender Seite damit verteidigt, daß man den Ueberschuß nicht ent-behren könne, da man sonst die Einkommensteuer erhöhen müsse. Das ist die nächste Klassenwirtschaft.

Die Unlust, mehr als 100 Prozent Einkommensteuer zu zahlen, veranlaßt die Vertreter der in Frage kommenden Steuerklassen, eine indirekte — weit, weit über die Herstellungskosten hinausgehende hohe Gassteuer beizubehalten, während die Stadt einen ausreichenden Nutzen an der Gasfabrikation behalten und doch zum Vorteil der Allgemeinheit — in diesem Falle aller Gasconsumenten — mit dem Preise erheblich herabgehen sollte.

Wir könnten die Beispiele vervielfältigen. Am drastischsten aber zeigt sich der Schutz und die Fürsorge der freisinnigen Stadt-verwaltung für den Kapitalismus, bei der Konzeptionierung von Aktiengesellschaften zur Ausbeutung der städtischen Straßen und Plätze. Statt die Verkehrs-, Beleuchtungs- und Kraft erzeugungs-anlagen der Allgemeinheit dienstbar zu machen und damit der Stadt sehr ergiebige Einnahmequellen zu schaffen, zieht man es vor, dem Privatkapital Gelegenheit zu geben — gegen das Entgelt einer Abgabe —, die Stadt für seine Zwecke auszunutzen. Der „Alte“ und der „Dividende“ haben die kommunalen Macht-haber Berlins einen Altar errichtet, an dem die Oberpriester des Kapitalismus ihren Kultusdienst verrichten.

Gegen die Verschleuderung der städtischen Steuerkraft — gegen die Millionen-Juwendungen an das Privatkapital — gegen die Förderung und Unterstützung von Privatmonopolen — helfen keine Gründe.

Die können auch Gründe gegen Klasseninteressen ankommen. Hier hilft nur, wenn die Arbeiterklasse, ihre Mission erfüllend, dem kommunal-Socialismus die Bahn bricht und wenigstens in der III. Abteilung den Augiasstall mit eisernem Besen reinigt. Die Vertreter der Kapitalistenklasse müssen entfernt — die Vertreter der Socialdemokratie an ihre Stelle gesetzt werden.

Große Aufgaben hatten der Socialdemokratie in den Gemeinden. Die allgemeinen Aufgaben sind vorstehend skizzirt. Der Ge-danke des Socialismus muß die kommunale Arbeit durchdringen; an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu Gunsten der besitzenden Minderheit hat das socialistische Wirtschaftsprinzip zum Nutzen und Wohle der Gesamtheit zu treten.

Der Gemeindefeind-Kapitalismus muß dem Gemeinde-Socialismus Platz machen. Denn nur dieser kann die Kapitalherrschaft in der Ge-meinde beseitigen und die städtische Verwaltung ihrer wahren Be-stimmung und eigentlichen Aufgabe — Pflege und Förderung des Gemeinwesens — dienstbar machen.

Die Socialisierung der Gemeinde kann nur auf dem Boden des Klassenkampfes erstritten werden. Den Klassenkampf zu führen ist allein die Socialdemokratie berufen und befähigt. In ihrem Kampfe für die Befreiung der Arbeit nimmt die Partei auch auf kommunalem Gebiete den Kampf auf für die Befreiung der städtischen Arbeiter aus der Lohnsklaverei.

Kürzere Arbeitszeit — höherer Arbeitslohn — volles, un-eingeschränktes Koalitionsrecht für die städtischen Arbeiter; un-bedingte Gleichberechtigung auf allen Gebieten des städtischen Gemeinwesens für alle Bürger; Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung kommunalen Eigentums; — das sind die Forderungen, mit denen die Socialdemokratie in den Wahlkampf zieht.

Bei den letzten Berliner Kommunalwahlen, die an der Küste des schwindenden Jahrhunderts stattfinden, werden die socialistischen Donquixote und Tragballen verurteilt werden. Der Sumpfboden des kapitalistisch organisierten Verwaltungsklingels wird weiter aus-gerodet, und dem granitnen Felsen, der den stolzen Bau des Ge-meinde-Socialismus tragen wird, werden sich neue starke Quadern angliedern.

Der Parteigenossen, den Arbeitern, den Proletariern, den Ent-erzten der heutigen Gesellschaftsorganisation rufen wir zu: Thut eure Schuldigkeit; erfüllt eure Pflicht am sechsten November!

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Oktober.

##### Marine-Anarchie.

Der am Sonnabend veröffentlichte „siebzehnjährige Marineplan“ ist ein Fabrikat der Nachrichtenabteilung des Reichsmarineamtes, deren Chef ein Kapitän v. Herringen ist. Der Plan ist offenbar nach der Hamburger Rede rasch hergestellt und erreicht an provozierender Ungeschicklichkeit ungefähr das überhaupt noch Vorstellbare. Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ wiegelt denn auch ein wenig ab; sie spricht einfach von einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, „der nichts weiter thut, als die Möglich-keit vom estatistischen Standpunkt aus zu beleuchten, wie Deutschland zu einer starken Flotte kommen kann, welche nach den Worten Sr. Majestät des Kaisers bitter not thut!“ Dann fährt das ministerielle Organ, gegen die „Freisinnige Zeitung“ polemisierend, fort:

„Die Frage, ob Deutschland im nächsten Jahrhundert zur Aufrechterhaltung seiner Großmachtstellung einer „starken Flotte“ bedarf, ist nicht so neu als die „Freisinnige Zeitung“ es darstellt. Infolge der politischen Ereignisse der letzten Jahre bewegt diese Frage heute die leitenden und führenden Geister der deutschen Nation auf das allerlebhafteste. Wie kann eine solche Frage sachgemäß diskutiert werden, wenn nicht zuvor von sach- kundiger Seite die Möglichkeit dargelegt wird, wie ein derartiges großes Ziel überhaupt zu erreichen sei!“

Es ist also ein ganz harmloser Diskussionsartikel, den die Marinepresse gebracht hat, eine Anregung, eine akademische Erörterung, nicht etwa ein fertiger Marineplan. Aber trotz dieses formalen Rückzugs, der aus dem Gefühl heraus ver-sucht wird, daß man allzu plump die Absichten enthüllt habe, wird munter der offiziöse Marineartikel vom Sonnabend von dem offiziellen Organ verteidigt. Das Einlenken und Be-schwichtigen nützt nichts mehr. Alle Welt weiß jetzt, was wir zu erwarten, mit welchen plötzlichen Aktionen wir zu rechnen haben.

Gewiß, die Regierungen werden von dem Flottenplan nicht weniger überrascht worden sein als die Öffentlichkeit. Fürst Hohenlohe hat sicherlich nichts von solchen Absichten gewußt, und auch der Bundesrat ist vorher nicht mit dem Projekt befaßt worden. Die in Regierungskreisen herrschende Anarchie hat sich niemals deutlicher gezeigt, als bei diesem aus der Kanone geschossenen fabelhaften Flottenplan, mit dem — nach der bombastischen Versicherung des Hamburger Blattes des Freiherrn v. Zedlitz — Deutschland in das ent-scheidende Stadium seiner Entwicklung zur Vollmacht ge-treten“ sein soll. Eine Weltwunde, datiert von einem bloßen Diskussionsartikel! Vielleicht beginnen wir gleich eine neue Zeitrechnung und schreiben hinfort das „Jahr 1 nach dem Flottenartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Mit besonderer Schärfe kritisiert die katholische „Germania“ die Art, wie man bei uns Politik macht. Sie erinnert an den Fall Holloman.

Vor etwa drei Jahren kam der damalige Staatssekretär des Reichs-Marineamtes Admiral Holloman von der Feier eines Stappelaufs direkt in die Budgetkommission des Reichstags, seinen Flottenplan in der Tasche, von dem selbst die Bundesräte, Abgeordneten in der Budgetkommission keine Ahnung hatten, so daß sie sich ein hektographirtes Exemplar von den Mit-gliedern der Budgetkommission leihen mußten, um eine Einsicht in den Flottenplan zu gewinnen.

Dann fährt die „Germania“ fort: „Jedenfalls muß es nicht nur beim Reichskanzler, sondern bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes ein pein-liches Gefühl erwecken, daß in dieser Weise durch die Veröffentlichung des neuen Flottenplans ohne Vorwissen und ohne vorherige Zustimmung des Bundesrats diesem nach der Verfassung des Deutschen Reiches eigentlich re-gierenden Faktor eine Nichtachtung ausgedrückt wird, welche mit der verfassungsmäßigen Stellung des Bundesrats in schärfstem Widerspruch steht. Das Deutsche Reich ist kein absoluter Staat, sondern auf dem föderativen Prinzip aufgebaut. . . . Wer wird sich über die Reichsverdrössen-heit in Sieddeutschland wundern, wenn dort einmal die politische Empfindung weiten Boden gewinnt, daß die Vertretung der Einzelstaaten im Bundesrat nicht die volle verfassungsmäßige, oder wenigstens keine „coulante“, eheliche und entgegenkommende Berücksichtigung erfahre?“

Das rheinische Centrumsorgan, die „Köln. Volksztg.“, spottet:

„Was uns am meisten an der Sache wundert, ist der Mut des Reichskanzlers und des Reichs-Marine-Amts, die 1 1/2 Jahre nach den Verhandlungen über das Flotten-gesetz diesen neuen Plan zu empfehlen wagen. Wir haben keinen Augenblick geglaubt, daß das vorjährige Gesetz das letzte Wort in der Flottenfrage sei. Die Yawine ist im Rollen, sie wird anwachsen. Die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte wird auch in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes anerkannt. Aber man soll doch auch mit dem Reichstage und der Opferwilligkeit des Volkes nicht sein Spiel treiben. Wenn jetzt die neue Vorlage an den Reichstag kommt, muß dieser sich doch sagen, man habe ihn vor 1 1/2 Jahren zum besten gehabt. Und wenn er demjenigen, der ihm sagen wollte, der neue Plan werde bis 1917 in Geltung bleiben, nicht ins Gesicht laßt, dann ver-dient er, daß man gleich noch ein fünftes bis achttes Geschwader von ihm verlangt.“

Staatssekretär Tirpitz ist am Montag zum Vortrag beim Kaiser nach Liebenberg, dem Schloß des Grafen Eulenburg, befohlen worden. Hoffentlich hat er sich inzwischen über seinen neuesten Flottenplan gründlich informiert. Denn die Weltlage ändert sich gegenwärtig so riesig schnell, daß über eine Nacht sich die „Notwendigkeit“ neuer Pläne ergibt.



Als im Anfang dieses Jahres bei Gelegenheit der Militär- vorlage das Gesetz von weiteren Marineforderungen auf- tauchte, leugnete Herr v. Tirpitz das mit aller Entschieden- heit. Seitdem hat sich nun in den auswärtigen Verhältnissen nichts zu unseren Ungunsten verändert. Im Gegenteil hat der Boerentrieg bewiesen, daß selbst eine Marine- Weltmacht wie England mit einem kleinen Völkchen nicht ohne weiteres fertig zu werden vermag. Gleichwohl soll auf dem Umkehrweg der Verhältnisse der norddeutsche allgemeine Flottenplan beruhen. Noch vor vier Wochen erklärte, nach der „Germania“, eine hohe Stelle im Reichs-Marineamt: „Wir haben, was wir wollen, und wir wollen nicht mehr, als wir haben.“ Inzwischen hat sich nichts ereignet außer — die Hamburger Rede. Das Absurdeste ist dabei, daß trotz einer solchen zauberhaften Geschwindigkeit in der Veränderung der politischen Lage, die Prähabteilung des Reichs-Marineamts mit einer abermaligen Bindung auf — 17 Jahre rechnet.

Schon jetzt ist sicher, daß der Marineplan vom letzten Sonnabend im Reichstag keine Aussicht hat; er ist eine Wasserleiche. Das Berliner Centrumblatt fragt, ob denn die Regierung absolut auf einen schweren Konflikt losgelegt wolle. Und die „Korrespondenz für Centrumblätter“ ver- sichert, das Centrum werde nach den bisherigen Erfahrungen gewiß keine Opfer mehr bringen. „Nieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende.“ Von den Kon- servativen äußert sich die „Kreuz-Zeitung“ mit der auch in der Kanalangelegenheit des öfteren gezeigten Kenglichkeit — gar nicht; sie möchte es weder mit ihren Agrariern noch aufs neue mit ihrem Monarchen verderben. In einer lau- warmen Sonntagsbetrachtung erklärt das Blatt im allgemeinen seine vaterländische Wasserliebe. Dagegen beteuert die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ ihren „größten Argwohn“:

„Bislang, unheimlich plötzlich ist der Umschwung gewesen. Das kann kein Mensch leugnen. Noch am 30. Januar 1899 er- klärte Staatssekretär Tirpitz, daß an seiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten sei, einen neuen Flottenplan vor- zulegen, daß im Gegenteil bei allen in Betracht kommenden Stellen die feste Absicht bestände, die Limitierung des Flottengesetzes innezu- halten. Was ist nun seit dem 30. Januar geschehen? Was hat diese „festeste“ Absicht so ins Wanken gebracht? Was hat „alle“ in Betracht kommenden Stellen anderen Sinnes gemacht?“

Bislang hat auch das Agrarierblatt sich zu der unstill- lichen Ueberzeugung bekehrt, daß das Weirüsten un- sinnig sei. Selbst die verheißene Erhöhung der Getreidezölle löst das Blatt nicht. „Jetzt uns irgendwie zu binden, fällt uns nicht ein.“

Daß die Presse der Marine-Referanten jubelt, fällt nicht ins Gewicht. Dafür wird sie bezahlt. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ verdienen sogar ein Extra- Ergeld, weil sie auf den pfiffigen Einsall verfallen sind, zu thun, als ob ihnen der Marineplan noch nicht weit genug ginge; nun wird wohl jedermann überzeugt sein, daß die gewünschte Verdoppelung der Flotte eigentlich eine sehr bescheidene Forderung sei. Abgesehen von diesen Zwangsmarinisten begegnet die überraschende Aktion überall tiefer Abneigung, spöttischen Wortwärsen und böshafter Vermutungen. Hat diese Wirkungen die für die Veröffentlichung verantwortliche Stelle nicht vorausgesehen? Oder beabsichtigt man das gerade, Ver- wirrung über Verwirrung zu häufen, damit in dem all- gemeinen Trübel die alten bösen Geschichten vergessen werden und die Miquelischen Kanalrebellen sacht zu entschlipfen ver- mögen? —

### Der Umsturz der Flottenvorlage

wurde von der großindustriellen Presse schon seit Monaten angestrebt. Der Plan, den die „Nordd. Allg. Zig.“ nunmehr enthält hat, ging ursprünglich von Seiten der Industrie aus, wurde dann vom deutschen Flottenverein angenommen, ging dann erst in die Kreise der leitenden See-Offiziere über und verdichtete sich nun dort zu dem jetzigen Vor- stöß der diesem Plane innerlich von jeder geneigten Regierung, ohne daß freilich der verantwortliche Reichsminister um die Dinge, die da kamen, gewußt hätte. Zuerst trat offen im Rat dieses Jahres die „Aölnische Zeitung“ mit der Ansicht hervor, daß das Flotten- gesetz ungenügend sei: Sie hatte aber noch nicht den Mut, die Umföhung des kaum angenommenen Flottengesetzes zu empfehlen. Und zwar plauderte sie damals ganz offen aus, daß man das Gesetz so lange nicht werde umsetzen können, als sich die Regierung nicht an die Spitze der Bewegung gegen das Flottengesetz stelle. Die „Aölnische Zeitung“ empfahl daher der Re- gierung zunächst nur eine Umgehung des Gesetzes. Sie meinte, es liehe nichts im Wege, die durch das Flottengesetz bewilligten 356,7 Millionen so frühzeitig auf den Etat zu bringen, daß nicht nur die Neubauten, sondern auch „ein möglichst großer Teil der Ersatzbauten“ bis zum 1. April 1904 vollendet sein können. „Damit“ — so meinte das Blatt — „liehe sich schon eine recht erhebliche Ver- schleunigung des Flottenbaues erzielen.“

Das Reichs-Marineamt scheint sich mit diesem Plan nicht be- freundet zu haben; denn sobald bemerkte man in der Industrie- presse eine verstärkte und mit verdächtigem Eifer betriebene Agitation für ein rascheres Tempo im Bau von Kriegsschiffen. Diese Agitation wurde nicht nur in der Presse, sondern noch mehr innerhalb gewisser einflußreicher Kreise in nächster Nähe der maßgebenden Stellen be- trieben. Sie wurde so arg, daß selbst die marinefromme „Kreuz- Zeitung“ unwillig wurde und das wilde Spiel Anfang Juni dieses Jahres der Öffentlichkeit demunzierte. Sie schrieb damals:

„Wer ein wenig hinter die Coulissen sieht, der ge- wahrt, daß den Schiffbauinteressenten in Deutschland schon jetzt bange vor der Zukunft wird. Sie fürchten, dem blanken Nichts gegenüber zu stehen, sobald die noch dem festgelegten Flottenplan in Auftrag gegebenen Kriegsschiffe vom Stapel ge- laufen sind, da neue Aufträge nicht in naher Aussicht stehen. Mit feberhaftem Eifer suchen sie deshalb im Volke und im Parlamente Stimmung zu machen für eine im jetzigen Tempo aufhaltende Vermehrung unserer Kriegs- flotte. Der Mittelland-Kanal, wenn er bewilligt wird, kann den großen Schiffswerften natürlich keinen Ersatz bieten, da er nur kleiner Schiffe und einfacher Lastfahrzeuge bedarf. Soviel wir sehen, herrscht aber in maßgebenden Kreisen vorläufig wenig Reue, unseren Werften neue Aufträge über das von den verbündeten Regierungen verlangte Maß hinaus zu erwirken.“

Die Organe der Großindustrie stehen sich indes nicht ein- schüchtern. Man hatte den Flottenverein gegründet und an seine Spitze sogar das politische Mundstück der deutschen Großindustrie, den Wallgauer Victor Schönlank gestellt, der zwar nicht formell, aber der Sache nach das ausländische Haupt des deutschen Flottenvereins ist; man hatte ferner für seine Zweide die „Berliner Neuesten Nachrichten“ durch die Firma Krupp erworben und arbeitete nun rühelos und — erfol- gereich weiter. Bis hinunter in die Kriegervereine wack man seine Reue aus und selbst Garnisonpfarrer machte man für die weitere Vergrößerung der Flotte mobil. „Was nützt uns unser starkes

Landheer, wenn wir nicht im Stande sind, unsere handelsreisenden Landsleute im Auslande, unser Eigentum zur See zu schützen!“ — so rief in einer Kriegervereins-Versammlung zu Wesel der dortige Garnisonpfarrer Thielmann jammernd aus. Und in den hohen Regionen suchte man mehr mit marinetechischen und strategischen Gesichtspunkten zu imponieren.

Es traf sich, daß plötzlich im Juli der Viceadmiral z. D. Balois unter dem Titel „Seemacht, Seegeltung und Seeherrschaft“ kurz, aber recht deutliche Betrachtungen über die Seekriegsführung anstellte. Er sträubte sich gar nicht, offen auszusprechen, wo hinaus die Reise geht. Nach ihm müssen wir bei unseren maritimen Rüstungen als den in erster Linie in Betracht kommenden Gegner Großbritannien im Auge haben! denn er stellt in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen die These:

„Die Seerüstungen müssen gegen England gerichtet sein, da in den Kämpfen der Kontinentalmächte unter sich den Marinen nur die zweite Stelle zufällt. England will den Krieg in ge- waltigen Schlägen um jeden Preis schnell beenden und auf enges Gebiet beschränken, die Gegner müssen den Krieg in die Länge ziehen, über soviel Gebiete ausdehnen wie möglich, die feindlichen Kräfte und den Handel zu beeinträchtigen suchen.“

Also nur Englands wegen bedürfen wir der ständigen und rasenden Vermehrung unserer Flotte. Admiral Balois zieht noch nicht die vollen Konsequenzen seiner Darlegungen, doch läßt er genau durch- blicken, daß nur durch eine „Vermehrung der Panzergeschwader“ das von ihm gesteckte Ziel zu erreichen ist. Durch die Publikation des Admirals Balois erlangte man, daß in den maßgebenden Kreisen Stimmung für eine Flottenvermehrung über den Rahmen des Flotten- gesetzes hinaus vorhanden war. Nun kamen noch eine Reihe anderer Umstände hinzu, um den Plan vollends zur Reife zu bringen. Man hatte bisher keinen offensichtlichen Grund, um gerade jetzt den neuen Plan der Öffentlichkeit und den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten.

Da kam nun wie gelegen der Krieg zwischen England und Transvaal. Warum soll dieser Krieg nicht den gesuchten Grund ab- geben? Hat doch vor Jahren der sinesisch-japanische und dann später der amerikanisch-spanische Krieg hier oder im Auslande zur Begründung von Flottenvermehrungen herbeigeführt. Man hat vor einiger Zeit heil- sächlich gelacht, als der Privatdozent der Staatswissenschaft an der Universität Berlin, Herr Dr. Adolf Wendt, uns vorrechnete, daß wir im Jahre 1920 mindestens 57 statt 19 Linienfahrzeuge haben müßten. Man hat den Herrn mit Unrecht ausgelacht. Er hatte eben einen viel richtigeren Spürsinn wie andere Sterbliche. Er hatte von den Fährten unserer Marinepolitik Wind bekommen und ist jetzt der kluge Mann, der auf die zweite Marineprofessur, die eine weitere Vermehrung der Kriegs- flotte zweifellos bedingt, den ersten Anspruch hat. — Im politischen Gesamtnel um die Justizhausvorlage und den Mitteland-Kanal werde die wachsende und gefährliche Agitation für die Durchbrechung des Flottengesetzes so gut wie übersehen. Rummere ist die Ver- sicherung da: der offizielle Plan einer Verdoppelung der nach dem Flottengesetz erst zu schaffenden Kriegsmarine! Justizhausvorlage, Mitteland-Kanal, neue Schiffskolosse und — neue Steuere — was werden das bei einer Reichstags-Auflösung für lustige Wahlen für die Socialdemokratie werden!

### Zwei Telegramme.

Der Kaiser hat, wie aus London berichtet wird, an Oberst Burn Mardoc, Kommandeur seines Regiments, der ersten königlichen Dragoner, folgendes Telegramm gerichtet:

„Bid my farewell to the regiment! May you all return unscathed and well. William and R. (Entbieten Sie dem Regiment mein Lebwohl! Mögen Sie alle unbeschädigt und wohl zurückkehren. Wilhelm I. R.)“

Am 1. Januar 1899 ersuchte der Minister des Aus- wärtigen, Hr. v. Marschall, in einem Erlaß den deutschen Botschafter in London, an die englische Regierung die ant- liche Anfrage zu stellen, welche Schritte sie zu thun gesonnen sei, um den durch den Einbruch bewaffneter Banden von dem englischen Protektoratsgebiete in das Territorium des Transvaal- staates geschaffenen völkerrights- und vertragswidrigen Zustand zu beseitigen. Und am 3. Januar 1899 sandte Wilhelm II. folgendes Telegramm ab:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatskraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land ein- gedrunnen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängig- keit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Dies Telegramm war an den Präsidenten von Transvaal, Krüger, gerichtet. Anlässlich des jehigen Einfalls der Eng- länder, die — gefährlichere Friedensstörer als die Söldlinge Jamesons — die Republik bedrohen, ist bisher kein kaiserliches Sympathie-Telegramm für die Boeren bekannt geworden.

### Eine Verlesung.

Bürgerliche Zeitungen melden, daß der Landgerichtsdirektor Denso und der Landgerichtsrat Oued, welche als Vorsitzender und Berichterstatter an dem freisprechenden Urteil gegen Genossen Jacobow wegen Verlesung des sächsischen Oberlandesgerichts mit- gewirkt haben, vom 1. Januar ab zu Civilkammern versetzt worden sind.

Die Geschäftsverteilung und die Zuteilung der Richter an die Kammern erfolgt durch das Präsidium des Landgerichts, das aus dem Präsidenten, sämtlichen Direktoren und dem ältesten Land- gerichtsrat besteht. Darin hat man bei Erlaß des Gerichts- verfassungsgesetzes eine der liberalen Garantien für unabhängige Rechtspflege gesehen. Die Er- fahrungen der preussischen Konfliktära mit ihrer Zusammen- setzung dienstwilliger Deputationen und Senate für bestimmte politische Anlässe waren den ausschlaggebenden Parteien in jener Zeit noch in frischer Erinnerung, und der „liberale Richter“ erschien als eine so feststehende politische Größe, daß man glaubte, ihm ohne Bedenken die Unabhängigkeit der Rechtspflege anvertrauen zu können. Die Regierung betrachtete natürlich die Geschäftsverteilung durch das Präsidium des Landgerichts als ein Zeichen unverhohlenen Miß- trauens, sie wehrte sich, so lange sie konnte, gab aber bei dem bekannten Justizkompromiß nach, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß das, was sie gewährte, mehr eine Scheinentscheidung sei und daß ihr noch genug Mittel blieben, ihren Willen durchzusetzen. Immer- hin hat sie noch in der Strafprozess-Novelle von 1894, die man nicht mit Unrecht als den progressiven Teil des Umsturzgesetzes charakterisieret, den Versuch gemacht, die Geschäftsverteilung wieder in die Hände der Justizverwaltung zu bringen, freilich ohne damit im Reichstage Gegenliebe zu finden.

Man sieht, sie kann auch ohne eine Abänderung des Gesetzes auskommen. Als vor einigen Jahren die Kammer des bekannten Landgerichtsdirektors Alexander Schmidt in der vielbesprochenen Majestätsbeleidigungssache gegen Maximilian Harden wegen des Artikels „Prinzenerziehung“ ein freisprechendes Urteil gefällt hatte, wurde Herr Schmidt eine Civilkammer zuertheilt. Der alte Herr, der seit vielen Jahren nur in Strafsachen thätig gewesen war und jede Fähigkeit, und wie der Fortgang lehrte, auch die Lust verloren hatte, sich in den ihm ganz fremden civilistischen Stoff wieder hineinzuarbeiten,

sollte angeblich plötzlich den Wunsch geäußert haben, eine Civil- kammer zu übernehmen. Mit welcher Begeisterung er dies gewünscht hatte, ergibt sich am besten daraus, daß er unmittelbar darauf seinen Abschied nahm. Die Zeitungen berichteten dann noch allerhand, wovon man nicht wissen kann, wie viel davon Klatsch war: jeden- falls stand soviel fest, daß die Justizverwaltung mindestens unter der Hand darauf hingewirkt hatte, Schmidt von der Stelle, an der er Thätiges leistete, zu entfernen, und daß seine Kollegen ihm zugeredet hatten, sich zu fügen.

Nach Schmidt folgen jetzt Denso und Oued. Stelleicht werden wir wieder zu hören bekommen, daß beide freiwillig zu einer Civilkammer gegangen sind; bei dem Landgerichtsrat Oued, einem jüngeren Manne, ist das wohl glaublich, bei Denso nicht sehr wahr- scheinlich; denn jetzt, nach der völligen Umänderung des Civil- rechts, eine Civilkammer zu übernehmen, ist für einen alten Strafkammer-Direktor eine ungemein schwere Aufgabe. Aber es ist schon möglich, daß auch Denso den Wunsch geäußert hat. Es wäre ja am Ende kein Wunder, wenn die Beschimpfungen aus den Kreisen des Scharfmachertums ihm sein bisheriges Amt berekelt hätten.

Unmittelbar nach dem Urteil gegen Jacobow haben wir bereits einen in diesen Dingen sehr gut beschlagenen Herrn sagen gehört: Denso wird nun die längste Zeit eine Strafkammer geführt haben. Es gehörte wohl keine besondere Prophetengabe dazu, dies voraus- zusehen.

Für die weitere Beratung der lex Mintelen ergibt sich daraus die Mahnung, mit aller Energie auf Einführung der von unserer Fraktion und dem Genossen Stadthagen beantragten erweiterten Garantien für die Unabhängigkeit der Richter zu bestehen.

## Deutsches Reich.

### Scho.

Als Antwort auf den neuesten deutschen Marineplan kommt prompt aus England die Meldung der „Times“:

„Jede Vermehrung der Kriegsmarine einer Groß- macht muß einen Bestandteil unserer eigenen Schiff- bau-Voranschläge bilden. Es kann schwerlich erwartet werden, daß wir eine Politik von seitens Deutschlands willkommen heißen, welche, wenn wir sie in Wirksamkeit gesetzt sehen, eine beträchtliche Erhöhung unseres Marinebudgets erforderlich machen dürfte; andererseits hat Deutschland zu derselben Zeit einen großen Aufschwung des Handels und ausgedehnte Kolonial- interessen, welche Schutz erfordern.“

Mit dieser Stumgebung des englischen Blattes hat sich die „Welt- lage“ offenbar abermals so wesentlich verschoben, daß eine Ver- doppelung unserer Flotte nicht mehr ausreicht; es muß mindestens eine Verdreifachung sein. Fügen wir also zum hundertjährigen Kalender einen hundertjährigen Flottenplan, ein Marine-Centennial, auf das sich Regierung und Reichstag endgültig binden — für anderthalb Jahre. —

Der neue Flottenplan. Dreimal so groß ist, führt die „Freis. Zig.“ aus, die Verstärkung, welche durch den neuen Flotten- plan herbeigeführt werden soll, im Verhältnis zu der Ver- stärkung, welche das geltende Flottengesetz dem Flottenbestande von 1897 zuführen beabsichtigt. Das Flotten- gesetz beabsichtigt, die Zahl der Linienfahrzeuge von 12 auf 19, also um 7, zu erhöhen. Der neue Plan aber will die Zahl der Linienfahrzeuge von 19 auf 40, also um 21, erhöhen, nämlich um 10 Linienfahrzeuge für ein neues Geschwader der Schlacht- flotte, 8 Linienfahrzeuge, welche an Stelle der vorhandenen 8 Kästen- panzer treten sollen, und 3 neue Linienfahrzeuge zur Materialreserve. Daß unter den 21 neuen Linienfahrzeugen 8 nur an die Stelle der vor- handenen Kästenpanzer treten sollen, verschlägt sehr wenig, da ein Linienfahrzeuge dreimal so groß ist und dreimal so viel kostet, wie ein Kästen- panzer. — Das Flottengesetz wollte die Zahl der großen Kreuzer von 10 auf 12, also um 2, erhöhen. Der neue Plan erhöht dieselben von 12 auf 18, also um 6. Das Flottengesetz wollte die Zahl der kleinen Kreuzer von 23 auf 30, also um 7, erhöhen. Der neue Plan erhöht die Zahl der kleinen Kreuzer auf 50, also um 27. Das Flottengesetz beabsichtigte hiernach eine Vermehrung der Linienfahrzeuge und der Kreuzer um 16, der neue Plan sieht eine weitere Erhöhung der Linienfahrzeuge und der Kreuzer um zu- sammen 47 vor. —

Ueber 3/4 Milliarden. So führt ferner die „Freis. Zig.“ aus, werden durch den neuen Flottenplan festgelegt, nämlich 1920 Millionen Mark an fortbauenden und 1650 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben. Der neue Flottenplan verlangt für 17 Jahre, von 1901—1917, 97 Millionen an einmaligen Ausgaben; das macht im ganzen 1640 Millionen. Das jetzt geltende Flottengesetz legt für den Zeitraum von 6 Jahren an einmaligen Ausgaben nur den Betrag von 409 Millionen Mark fest. Die Bindung des Geld- bewilligungsbudgets des Reichstages ist also nach dem neuen Plan eine mehr als vierfach so große in Bezug auf die einmaligen Aus- gaben.

Was die fortdauernden Ausgaben anbetrifft, so sieht der neue Plan eine jährliche Steigerung derselben von 1901 ab um 5 Millionen voraus. Hiernach müssen die fortdauernden Ausgaben der Marine, welche nach dem Flottengesetz im Jahre 1903 88 Millionen betragen würden, 1917 den Betrag von 153 Millionen erreichen. Zugänglich der auf 97 Millionen Mark erhöhten einmaligen Ausgaben ergibt dies einen Flotten-Etat von 250 Millionen Mark gegen 150 Millionen Mark, welche der Flotten-Etat 1903 nach dem Flottengesetz erreichen sollte, und 183 Millionen Mark, welche der Marine-Etat für 1899 aufweist. —

Die Ehlinger Wahl. Nach dem Sonnabend spät abends be- kannt gewordenen und von uns mitgeteilten Resultaten der Ersohwahl im V. württembergischen Wahlkreise stellt sich der socialdemokratische Erfolg noch bedeutender heraus als vorher angenommen wurde. Unsere Partei hat ungefähr 1700 Stimmen mehr erhalten als 1898, während die Volkspartei 1550 und die Deutsche Partei 1650 Stimmen verloren hat.

Für die Urheber der neuen Flottenpläne und die Parteien, welche dieselben vertreten wollen, ist die Wahl in Ehlingen noch ganz besonders herrlich. Der volks- parteiliche Kandidat hatte — allerdings ohne Einverständnis mit seiner Parteileitung — einige Reue für Flotten- und Uebersee- politik betundet. Der Korrespondent der „Frankf. Zig.“ in Stuttgart stellt fest, daß diese Haltung des Kandidaten der Volkspartei „die demokratischen Wähler ins socialdemokratische Lager getrieben habe; an manchen Plätzen kam es zu offenem Protest.“ Für dieses Programm stimmen nun nun und nimmer, war die Antwort.

Wenn die ungeheuerlichen Marinerüstungs-Pläne der Regierung zu einem Konflikt im Reichstag führen würden und an die deutschen Wähler appelliert werden sollte, so giebt die Wahl in Ehlingen ein solches Beispiel dessen, was abdam die Regierung und die Flottenparteien erleben werden. —

Dektor Fuchs, der es verhindert hat, daß Genossin Braun im socialwissenschaftlichen Studentenverein einen Vortrag über „Frauen- arbeit in Deutschland“ hält, hat damit einen Lobspruch der „Post“ auf sich geladen, die zugleich den Herrn Rektor über die vielfachen Motive seines Verbots belehrt:

„Wir geben unserer Genehmigung darüber Ausdruck, daß auch der neue Rektor entschlossen ist, den socialdemokratischen Bestrebungen an der Universität, in welcher Form sie auch hervortreten mögen, entgegenzuwirken, und wir billigen es ganz entschieden, daß er dieses Verbot ausgesprochen hat. Durchaus einverstanden sind wir



auch damit, daß der Rektor den rhetorischen und schriftstellerischen Leistungen der Frau Lili Braun die wissenschaftliche Bedeutung absperrt. Als Grund für das Verbot konnte dieses letztere Moment allein nicht gut angeführt werden, denn es werden gar nicht selten in studentischen Vereinen minderwertige Vorträge gehalten, ohne daß ein Verbot auch nur gedacht worden wäre. Die Hauptsache ist, daß Frau Braun-Signd als Agitatorin der Socialdemokratie auftritt, und dies ist auch der wesentliche, wenn nicht der einzige Grund, der zu dem Verbot ihres Auftretens in dem sozialwissenschaftlichen Studentenverein geführt hat. Hoffentlich wird der neue Rektor stets alle Bestrebungen, für den Umsturz Propaganda unter der Studentenschaft zu machen, in der gleichen Weise entgegenzutreten. Diese Anerkennung seitens des Wagner-Forschers Kronstein hat sich der Mathematiker Fuchs redlich verdient. Nur meinen wir, gerade wenn man es denn einmal für die Aufgabe der Universtität hält, die Jünglinge gegen den Umsturz zu trainieren, sollte man ihnen die Gelegenheit gewähren, sich mit diesen Umsturzlehren und ihren Vertretern bekannt zu machen. Demst der Rektor so gering von der bürgerlichen Charakterfestigkeit unserer studierenden Jugend, daß er annimmt, daß das Umsturzgeist ihr gleich durch alle Poren dringt, wenn es ihr nahe kommt? —

**Eine „vollendete Thatsache“** ist für die „Verl. Pol. Koch.“ die Erhöhung der Hungersölle beim Abschluß neuer Handelsverträge. Die auf diese Weise aus den Lebensbedürfnissen des arbeitenden Volkes herauszuschlagenden Reichsmaßnahmen gelten dem Blatt des Finanzministers als das selbstverständliche bequemste Mittel zur Verwirklichung des neuen Marineplans. Wenn durch diese mit großer Offenherzigkeit vorgetragene „vollendete Thatsache“ den Agrariern die ungemessenen Marineforderungen geneigt gemacht werden sollen, so wird zugleich um so zorniger die Empörung der arbeitenden Klassen erregt werden, wieder eine Machtpolitik nach außen, die sich aufbaut auf der Aushungerung der Unbemittelten im Lande. —

**Erkläre mir Graf Cerinbur, diesen Zwiespalt — unter den Frommen.** Wie der „Telegraph“ meldet, hat die Königin von England in der Thronrede, mit der sie das Parlament vertrat, dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß der göttliche Segen auf dem Vermögen des Parlaments und des Heeres ruhen werde, Frieden und gut Regiment in Südafrika wieder herzustellen und die Ehre Großbritanniens zu wahren.

Wie immer man zu dem Krieg zwischen England und Transvaal stehen mag, unzweifelhaft ist, daß die Engländer den Krieg brutal provozierten. Fest steht ferner, daß die Boeren mindestens ebenso fromme Leute sind wie die Engländer und daß es der Präsident Krüger an Widerständigkeit mit der Königin von England aufnimmt. Nun beten beide Parteien zu ein und demselben Gott um Sieg, beide versichern, daß ihre Ehre auf dem Spiele und das gute Recht auf ihrer Seite stehe; was soll da der gute Gott thun? Vielleicht macht er es diesmal, wie einst der „alte Deffauer“ in einem Gebet vor der Schlacht bei Hochstädt (1704) ihm rief. Damals betete der „alte Deffauer“ vor der Front seiner Soldaten also: „Herr Gott im Himmel, hilf mir auch diesmal, daß ich meine Feinde schlage; willst Du mir aber nicht helfen, so hilf' auch den Hundsföttern von Feinden nicht, sondern sieh' zu, wie es kommt!“ Probatur est! —

**Die Herber Mordhauer und ihre Ehre.** Vom 29. Okt. (Fig. Ver.) Ob sich die Angabe eines hiesigen Blattes, nach welcher am 28. Oktober die letzten Angeklagten wegen des Streiks im Herber Meiler vor dem hiesigen Landgericht erschienen sind, bewahrheitet, bleibt noch abzuwarten. Erlaunt sind im Monat Oktober noch gegen 8 Angeklagte wegen Mordhauer, Hausfriedensbruchs und Körperverletzung 48 Monate Gefängnis.

Insgesamt haben 45 Angeklagte 33 Jahre 4 Monate 6 Wochen und 3 Tage Gefängnis erhalten. Die bürgerliche Mütter meiden, sammeln die Freunde der Justizhausvorlage Material in Herne bei — den Zeitungs-Redaktionen, um es im Reichstag bei den bevorstehenden Debatten verwenden zu können. Nun, die socialdemokratische Partei wird ihnen dienen können, da Mitglieder ihrer Fraktion ebenfalls in Herne gewesen und an Ort und Stelle in den Arbeiter-Quartieren Material gesammelt haben.

München, 30. Oktober. (Privatdepesche.) Der socialistische Wahlrechts-Antrag wurde von der Kammer einstimmig einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Prag, 30. Oktober. An den letzten Tagen fanden in Königgrätz, Leitomischl, Senftenberg, Pilsen und Neubudschow tschechische Kundgebungen ohne erstere Aufhebungen statt, wobei einige Kundgebungen zerschlagen wurden. In Königgrätz wurden 8 Verhaftungen vorgenommen. In Pilsen und der Prager Neustadt wurden Briefkästen mit schwarzem Lack besudelt. —

### Schweiz.

Bern, 29. Oktober. (Privattelegramm.) Bei den Erneuerungswahlen zum Nationalrat wurde die bisherige radikal-demokratische Mehrheit bestätigt. Eine Reihe von Stichwahlen, die auf das Gesamtergebnis ohne Einfluß sind, ist notwendig. Von den socialdemokratischen Kandidaten wurden gewählt Wagnelanger in Zürich, Wullschlegler in Basel, Gschwind in Basel-Land, Triquet in Genéve; drei socialdemokratische Kandidaten stehen in Stichwahl: Schweizer in Basel, Marr in Bern, Wioley in Neuenburg. Alle bürgerlichen Socialpolitiker, die socialdemokratische Unterstützung hatten, wurden wiedergewählt.

### Frankreich.

Redneben (Depart. Finistère), 29. Oktober. Heute fand hier die Einweihung des Denkmals für den General Leslé, ehemaligen französischen Vorkämpfer in Petersburg, statt. Derselben wohnten mehrere Generale bei. Der der russischen Vorkämpfer zugewiesene Mittelmeister und Flägeladjutant Prinz Orloff, welcher den Vorkämpfer vertrat, hielt eine Rede, in welcher er rühmend den General Leslé gedachte, der die Allianz zwischen den beiden großen Nationen vorbereitet habe. Gleichzeitig gab er im Namen des Kaisers dem Wunsch für das Wohlergehen Frankreichs und seiner ruhmvollen Armee Ausdruck. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach derselben wurden Hochrufe auf Rußland und die Armee ausgebracht. —

### Italien.

Rom, 30. Oktober. Infolge der Einberufung des Parlaments zum 14. November sind die Abgeordneten Prampolini, Morgari und Bissolati, deren Prozeß wegen Umstürzens der Wahlsurnen in der Kammer heute beginnen sollte, aus der Haft entlassen worden, weil zunächst die Einwilligung der Kammer eingeholt werden muß.

Rom, 30. Oktober. („Frankfurter Post.“) Die Unterfertigung des Gebäudes der Kammer ergab, daß die Holztaffel dem Einsturz nahe ist. Die Kammer, welche am 14. November zusammentritt, muß also provisorisch in einem anderen Gebäude tagen; vielleicht wird der große Saal der Nationalgalerie dazu gewählt.

### Dänemark.

Socialdemokratische Gesandten. Unsere Parteigenossen haben dem Folkething den vom Vorjahre bekannten Antrag auf Ab-

änderung des Altersversicherungs-Gesetzes vom Jahre 1892, ferner einen Antrag auf Kürzung der Arbeitszeit (Achtstunden-Arbeitsstag) und einen auf Verwirklichung von Staatsbeiträgen für eine Arbeitslosen-Kasse eingereicht. —

**Zur Berichtigung des Herrn M. G. May in der Donnerstags-Rummer des „Vorwärts“** erkläre ich:

1. Ich habe auf dem Parteitag nicht gesagt, Herr May sende Verneinung jede genossenschaftsfreundliche Aeußerung der deutschen Industrie.

2. Ich habe auf dem Parteitag gesagt, Herr May vermittelte Verneinung alle ihm bekannt werdenden genossenschaftsfreundlichen Aeußerungen der Arbeiterpresse. Eine andere Darstellung meiner Aeußerung kann nur auf einem Verleihen des Berichtes beruhen. Das, was ich gesagt, ist nicht aus der Luft gegriffen.

Hamburg a. E., 26. Oktober 1899.

Ed. Adler.

## Partei-Nachrichten.

Das Protokoll des hannoverschen Parteitages ist erschienen und zum alten Preise von 50 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen. Es weist gegen das vorjährige eine erhebliche Verstärkung auf, da es volle 19 Bogen (304 Seiten) umfaßt, was auf die ausführliche Wiedergabe der umfangreichen Debatte über die Grundanschauungen der Partei zurückzuführen ist. In der Ausstattung gleicht es den früheren, doch weist es infolgedessen eine nicht unbeachtliche Verbesserung gegen früher auf, als im Kolonnenstil auch feine die Redner genannt sind, deren Ausführungen die betreffende Seite enthält. Das ist für die Orientierung in dem umfangreichen Werke ganz nützlich.

Die Socialdemokratie in der Mannheimer Stadtvertretung. Nach der am Donnerstag vorgenommenen Wahl zum Stadtrat in Mannheim gehören dieser aus 23 Mitgliedern bestehenden Körperschaft jetzt 4 Socialdemokraten an, während in dem aus 90 Personen bestehenden Bürgerausschuss 31 Socialdemokraten sitzen.

Der Abschied. Genosse Albert Schmidt nimmt in der Magdeburgerischen „Volkstimme“ auf drei Jahre Abschied von der Welt mit folgenden Worten:

Montag, den 30. Oktober, trat ich die mir am 29. September dieses Jahres vom königl. Landgericht zu Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte Gefängnisstrafe von drei Jahren an. Ich fühle mich veranlaßt, vor meinem Scheiden allen Parteigenossen und Genossinnen, allen Freunden und Bekannten, die mir in so hohem Maße ihre Sympathie bekundeten, den tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Dank auch allen meinen Kollegen, die sich meiner in so hochherziger Weise angenommen haben. Die anerkennenden und teilnehmenden Worte lassen mich meine Beurteilung leichter ertragen, und somit nehme ich Abschied in der Hoffnung auf ein Wiedersehen.

### Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— Eine schändliche Vorklage nannte Genosse Breuninger in Pasing (Bayern) die Justizhausvorlage in einer Versammlung. Dofür wurde ihm eine Polizeistrafe von 20 M. zuerkannt, obwohl erst vor kurzem das Münchener Schöffengericht mehrere Polizeistrafen aufgehoben hat, die wegen des Ausdrucks „Schandgesetz“ in Anwendung auf die Vorlage verhängt worden waren.

## Gewerkschaftliches.

Achtung Holzarbeiter! In der Möbelfabrik von Manz u. Gerstenberger in Frankfurt a. O. haben am Sonnabend 98 Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter und Poliererinnen die Arbeit niedergelegt, weil Herr Gerstenberger seinen Arbeitern eine Arbeitsordnung vorgelegt hat, die für die Arbeiter wegen ihrer rigorosen Bestimmungen unannehmbar ist. So fordert er von seinen Arbeitern nicht mehr und nicht weniger, als daß sie aus dem Holzarbeiter-Verbande austreten. Die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes, die mit Herrn Gerstenberger unterhandeln wollten, wies derselbe brüsk ab, in dem er meinte, in seiner Fabrik sei er Herr und nicht der Holzarbeiter-Verband. Nun, Kollegen allerorts, zeigt durch Euer Solidaritätsgefühl, daß Ihr nicht Willens seid, den Frankfurter Kollegen den Kampf schwer zu machen. Herr Gerstenberger sucht nämlich durch Annoncen und Agenten in Berlin, Breslau, Posen, Prag Arbeiter für seine Fabrik. Lassen wir den Herrn mit seinen vier Arbeitswilligen in seiner Fabrik schalten und walten, bis er zu der Einsicht kommt, daß die Arbeiter auch noch als Menschen zu betrachten sind.

In Järstenwalde a. d. Spree hat der Unternehmer Lewinsohn, nachdem der Bevollmächtigte der Zahlstelle, Kollege Schulz, gemahregelt worden ist, von seinen Arbeitern verlangt, zehn Stunden zu arbeiten (bis dato neun Stunden). Darium Kollegen, eruchen wir Euch, nach diesen Orten den Zug zu halten. J. A. F. Stasche, Olivaerstr. 20 v. 3 Tr.

### Deutsches Reich.

Die Justizbehörden Arbeiter. Kürzlich machten die „Post“ und andere Scharfmacherorgane die Entdeckung, daß auch Arbeiter existieren, die einen größeren Schatz der Arbeitswilligen verlangt haben. Es waren die Arbeiter der Krefelder Harberien, die in einer Eingabe an den Bürgermeister um Schutz vor den Streikenden erluchten. Die Scharfmacherpresse fabelte von großen Hoffen, Bedrohungen, Anspunden u. s. w. der Streikenden, bezüglich der Eingabe aber unterließ sie mitzutellen, daß diese von der Firma den Arbeitern vorgelegt worden war; viele der Arbeiter hatten unterzeichnet, ohne zu wissen, um was es sich handelte. Die Justizhausvorlage hat wenig Freude an ihrer Entdeckung gehabt und es ist merkwürdig still geblieben von dem Krefelder Fall. Auch das nachfolgende werden jene Mütter ihren Lesern natürlich nicht mitteilen. Der omniduler Anspuder, der für einige Zeit seinen Spul mit der Scharfmacherpresse getrieben, stand dieser Tage vor den Schranken des Krefelder Gerichts. Er sollte den Arbeitswilligen D. angespudt haben. Es fehlte aber jede Spur eines Beweises. Während D. unter Eid auslagte, der Angeklagte habe ihn bei einer Begegnung angespudt, beschworen drei andere Zeugen das Gegenteil. D. wurde verächtlich von dem Vorstehenden an den Widerspruch aufmerksamer gemacht, aber er faßte stets etwas von Nahe. Er konnte aber absolut nicht beweisen, daß er mit dem Angeklagten je ein Wort gewechselt hatte, also von Nahe keine Rede sein konnte. Unter diesen Umständen stellte der Amtsanwalt dem Gerichte die ganze Sache anheim. Der Verteidiger beantragte kostenfreie Freisprechung und Nebennahme auch der Verteidigungs-kosten auf die Staatskasse. Der Angeklagte wurde freigesprochen, und die Kosten der Staatskasse auferlegt, aber die Kosten der Verteidigung muß er selbst tragen. Das Gericht stand auf dem Standpunkt, in dieser Sache sei keine Verurteilung nötig gewesen. Die Justizhauswärmer haben Pech.

Der § 153 gegen einen Arbeitswilligen angewendet zu sehen, ist gewiß nicht all zu häufig. In Offenbach ist aber vor kurzem der Fall vorgekommen. Die Maurer R. und F. sahen in einer Wirtshaus zusammen. R. bemerkte, daß er trotz des proklamierten Streiks arbeiten werde, worauf F. ausrief, daß er ihn dann mit einer Pistole niederstrecken werde. Am folgenden Montag wurde der Maurer F., der die Drohung ausgesprochen, selbst zum Arbeitswilligen und keine acht Tage vergingen, so hatte er schon einen seiner streikenden Kollegen wegen einer harmlosen Aeußerung ihm gegenüber bei der Staatsanwaltschaft wegen Uebertretung des § 153 denunziert. Letztere Handlungsweise gab den Anlaß, daß der Maurer R. den Demingianten wegen der ausgesprochenen Drohung des Erdrückens anzeigte. Der zum Arbeitswilligen gewordene Maurer F. hatte sich nun vor Gericht wegen dieser Drohung zu verantworten. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß die Aeußerung des Angeklagten als Scherz aufzufassen sei und sprach ihn frei. Das „Offenbacher Abendblatt“ bemerkt hierzu: „Wir sind gewiß die letzten, die gegen

das freisprechende Urteil etwas einzuwenden haben; ob aber das Gericht, wenn sich die Anklage nicht gegen einen Arbeitswilligen, sondern gegen einen Streikenden gerichtet hätte, auch die Drohung als einen Scherz aufgefaßt hätte, ist freilich eine andere Frage.“

**Der Zustand der Leipziger Straßenbahn-Angestellten** soll, wie der „Telegraph“ meldet, beendet und der Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen sein.

### Ausland.

**Im Kohlenbecken von Seraing** (Belgien) sind Montag früh zahlreiche Bergleute in den Ausbaur getreten, in mehreren Gruben ist nur ein Teil der Belegschaften angefahren. Die Ausständigen fordern Erhöhung ihres Lohnes. Es wird ein starkes Anwachsen der Streibewegung erwartet. In den Gruben der Cockerill-gesellschaften wird noch im vollen Umfange gearbeitet.

**In dem Buchbinderlohnkampf in Stockholm** handelt es sich weniger um Lohnunterschieden, als um eine Vernichtung des Organisationsrechtes. Darum hat der Buchbinderarbeiter-Verband nun in einer Generalversammlung beschlossen, ein Schreiben an den Meisterverband zu richten und von ihm eine klare Meinungsäußerung über seine Stellung zum Vereinigungsrecht der Gesellen zu fordern.

## Der Krieg.

Die Erfolge der Boeren liegen den Junst-Militaristen schwer im Magen. In einem gegen uns gerichteten Artikel der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ werden die Thatsachen aufs krasseste verdreht, um Stimmung für das stehende Heer zu machen. Der civilisierte Mensch könne sich nicht solche Fertigkeit im Gebrauch der Waffen, Marschieren usw. erwerben, wie die Boeren. Aber wer und was hindert die civilisierten Völker, sich bei methodischer Erziehung zur Wehrhaftigkeit die gleiche Fertigkeit zu erwerben? Jeder Tauschlehrer wird dem Junst- und Josp-Militarist heimleuchten, der mit dieser Allweiberweisheit aufwartet.

Zweitens sei die englische Armee nicht so gut wie die französische und russische. Sie ist nicht so zahlreich. Aber an Qualität der Mannschafft der französischen gleich, der russischen weit überlegen, wie sich im Krimkrieg zur Evidenz gezeigt hat, wo die Russen in jedem Zusammentreffen mit den, numerisch stets weit schwächeren Engländern geschlagen wurden. Wir erinnern nur an die Schlacht von Tuler-mann, wo 15 000 Engländer 15 000 (fünfechthundert) Russen aus einer Armee von 45 000 kampfunfähig machten.

Endlich dreht sich das russische Heer um die Boeren haben Vaterlandsliebe, deshalb schlagen sie sich so gut. Die Socialisten haben aber keine Vaterlandsliebe — und deshalb konnte das socialistische Milizheer nicht leisten, was das Boerenheer leistet.

Was sollen wir zu diesem Argument sagen? Es ist so dumm, daß es mit Behagen von der „Kreuzzeitung“ und anderen Junst- und Regierungsblättern nachgedruckt wird.

Ueber die Vorgänge im Unterhaus kurz vor seiner Vertagung sowie über die Aufnahme der neueren Nachrichten vom Kriegsschauplatz in London schreibt uns unser Londoner Korrespondent vom 21. Oktober (seiner durch Raumangel veripäet):

### Aus dem Parlament.

Gestern hat das Parlament wieder eine sensationelle Scene gehabt, und zwar die vielleicht eindrucksvollste der gegenwärtigen Session. Michael Davitt hat zur Vertagung seines Protestes gegen den Krieg wider die Boeren in einer leidenschaftlichen Rede seine Mandatsniederlegung angekündigt, nachdem tags zuvor Chamberlain die von Davitt und anderen Engländern außerhalb des Hauses bekundete Parteimahme für die Boeren in einem zur Veröffentlichung bestimmten Brief als „verächtlich und impotent“ bezeichnet hatte. Am Montag hatte die Suspendierung eines irischen Karmeliten, Patrick O'Brien, mit einem Ausbruch allgemeiner Heiterkeit geadet, als der Genannte, nachdem er vorher patriotisch Chamberlain als den blutigsten Verdrücker bezeichnet hatte, den die Geschichte je gesehen, bei dem Erscheinen des Hauspolizisten, der ihn gegebenenfalls mit Gewalt aus dem Haus zu bringen hatte, bisijf andrief: „Ihr braucht kein Armeekorps anzuschleppen. Ihr habt es anderswo nötig.“ Der gute O'Brien ist nämlich der kleinste Knirps, der je im Haus von Westminster gesehen.

Michael Davitt aber ist nicht der Mann der unfreiwilligen irischen Witze. Anders wie das der Greiber Redmond oder selbst John Dillon, wird sein Pathos vom Parlament stets mit Ernst angehört. Die ganze Entscheidung dieses hochgewachsenen, einarmigen Mannes mit den dunklen Augen hat etwas natürlich Ergreifendes an sich, das durch die Erinnerung an seine dramatische Vergangenheit noch erhöht wird. Und so hörte man ihn denn achtungsvoll an, als er mit vibrierender Stimme erklärte, der Krieg sei ein verdrückerischer; angezettelt um der schmierigen und käuflichen Zwecke willen, die je zu Eroberung und Unterdrückung geführt, werde er in der Geschichte als das größte Verbrechen des 19. Jahrhunderts figurieren, und wenn man ihm — Davitt — Home Rule oder selbst die Proklamierung Irlands zur unabhängigen Republik für ein Wort oder ein Wortum zu Gunsten der Aufstellung der Unabhängigkeit des Transvaal zusicherte, so würde er dies Wort nicht ausgesprochen, dies Wortum nicht abgeben. Er hoffe und bete, Irland möge sein Recht nie durch einen Akt der Schmach erlangen. Nachdem er sich überzeugt, daß das Parlament nur Argumenten der Gewalt zugänglich sei, werde er um Gewährung seiner Mandatsniederlegung eintommen, und es werde hoffentlich das letzte Mal sein, daß er seine Stimme in diesem Haus erheben habe.

Chamberlain antwortete ihm merkwürdig milde. Er anerkannte Davitts würdiges Auftreten und die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung. Inbes diese Gesinnung sei Feindschaft gegen England und sie würde Davitt zu gerade derselben Stellungnahme und gerade denselben Worten führen, wenn es sich um einen Kampf gegen irgend eine andere Macht, ob groß oder klein, oder barbarisch oder civilisiert handelte. Für ihn sei England immer im Unrecht und Englands jeweiliger Feind im Recht. Mit ihm über Details zu argumentieren, sei daher absolut zwecklos.

Gegen seine liberalen und wild-konservativen Kritiker wiederholte Chamberlain seine Vertagung, daß er ehelich den Frieden gewollt habe, daß aber Präsident Krüger und seine Ratgeber durch immer neue Winkelzüge eine friedliche Lösung unmöglich gemacht hätten. Krüger habe selbst den Führer des Afrikaner-Bundes, Hofmeyer, und durch diesen indirekt auch den Minister Schreiner hinter Licht geführt. Es handle sich nicht um Erdrückung der Holländer in Südafrika.

Wenn der Krieg zu Ende, werde es sich zeigen, daß England den Holländern nicht verweigern werde, was es für seine eigenen Landesinteressen verlange, nämlich gleiches Recht. In der Skaplanie, die englisch sei, hätten die Holländer jetzt die ministerielle Macht. Das sei doch gewiß nicht Erdrückung.

Das heißt mit anderen Worten, gleiches Recht unter Englands Scepter. Aber das gerade ist es, was die Boeren nicht wollen.

### Die Stimmungen und Hoffnungen in London.

Der Jubel über die Siege von Mlenoco (Zalana Hill) und Flandlaange hat eine sehr bellominnere Färbung erhalten, seit man weiß, wie teuer sie erkauft wurden und wie wenig sie die derzeitige Position der Boerenarmee in Natal geschwächt haben. Das Verfassungs-mann der General Whites bei Rietfontein, das den Mischung General Pules gegen Angriffe der Orange-Freistaatboeren schützen sollte und auch beschützt hat, wird von den ernsthafteren Blättern gar nicht als „Sieg“, sondern einfach als erfolgreiche Abwehr bezeichnet, dank der die Situation aufgehört habe, drängend zu sein. Daß sie es war, wird also ohne weiteres zugegeben. Und daß sie nicht aufgehört hat, gefährdet zu sein, steht außer Frage.

Es stehen der jetzt um halbmittag konzentrierten englischen Armee im ganzen mindestens doppelt so viel Boeren auf dem östlichen Kriegsschauplatz gegenüber. Nun ist freilich die englische Artillerie stärker als die der Boeren, und, wie die bisherigen Treffen gezeigt haben, der geschulte englische Soldat ist unter sonst gleichen Umständen



dem Boeren in der Schlacht wesentlich überlegen. Aber die zahlenmäßige Hebermacht erlaubt der Führung der Boeren Manöver, welche sich die englische Besatzung nicht leisten kann. Die letztere doch immer wieder aus ihren, wie es heißt, jetzt sehr gestärkten Positionen herauslocken oder zur Schwächung derselben nöthigen. Die Engländer zu einer entscheidenden Schlacht zu zwingen, bevor die unterwegs befindlichen Verstärkungen dieser in Südafrika landen, muß aber die vornehmste Aufgabe der Boeren sein — je länger sich dieses Haupttreffen hinauszieht, um so mehr verändern sich ihre Aussichten und geht der Vorteil verloren, dem zu Liebe Präsident Krüger das Odium der Kriegserklärung auf sich nahm.

Im übrigen hat der bisherige Verlauf des Feldzugs die beiderseitigen Kriegführenden einander respektieren gelehrt. Der Ton der englischen Presse — selbst der Jungblätter — ist ein sehr viel ruhigerer geworden, die wüsten Anklagen gegen die Boeren als Halb wilde haben nachgelassen, und andererseits haben die Boeren sich überzeugt, daß Erfolge wie der von Majuba Hill sich nicht beliebig wiederholen. Es ist ein ernsthafter Krieg, mit allen Aufgaben und Schrecken eines solchen, und was er in seinem Gefolge auch bringt, wird es doch sicher teuer erkaufen sein. —

### Schlacht bei Ladysmith.

Seit Mitte voriger Woche sind Transvaal- und Oranjeboeren an die englischen Truppen bei Ladysmith herangerückt. Heute, Montag beginnt dort die Schlacht, die vielleicht von entscheidender Bedeutung für den gesamten Verlauf des Krieges sein wird. Ueber die Vorgänge seit Sonnabend, an welchem Tage ein, wie es scheint, unbedeutendes Vorgefecht stattfand, liegen folgende Nachrichten vor:

**Kapstadt, 29. Oktober.** Fünf Bataillone Infanterie, drei Regimenter Kavallerie, eine Batterie Gebirgsartillerie, vier Feldbatterien und die Natal-Freiwilligen rückten aus Ladysmith gegen den Lombardskop vor; eine Schwadron Infanterie stellte den Feind, welcher ein heftiges Geschütz- und Gewehrfeuer eröffnete. Zwei Pferde wurden getötet, ein Reiter verwundet. Der Feind hatte eine starke Stellung bei Dewaals Farm inne; der britischen Infanterie gelang es nicht, ihn daraus zu vertreiben, und da durch einen Angriff am Nachmittag nichts erreicht werden konnte, bezog die Truppe ein Vivouac. Bei Tagesanbruch zog der Feind sich nach Pietfontein zurück.

**London, 29. Oktober.** Eine Depesche des „Reuterischen Bureaus“ aus Ladysmith von heute Abend 6 Uhr besagt: Heute war alles ruhig. Die Wasserzufuhr, welche unterbrochen worden ist, wird jetzt eben wieder hergestellt.

**London, 30. Oktober.** Den „Times“ wird aus Ladysmith vom 29. Oktober gemeldet: Die Ballonabteilung hat einen Fesselballon über der Stadt aufsteigen lassen, welcher die Stellung des Feindes und die Lage der Verschanzungen feststellt hat.

Den „Times“ wird aus Kapstadt vom 29. Oktober gemeldet: Nach Nachrichten, die hier aus Ladysmith eingetroffen sind, heute die britischen Vorposten mit den Boeren ins Gefecht geraten. General Joubert hat mit den Kommandos des Oranje-Freistaates Fühlung genommen. Die Gesamtmacht der Boeren beträgt 16 000 Mann, wenn nicht mehr, und hat nördlich von Ladysmith in einem Halbkreis mit einem Radius von 10 Meilen Aufstellung genommen. Eine Boeren-Abteilung marschiert auch um die hintere Seite der Stadt, wahrscheinlich mit der Absicht, die Eisenbahn zwischen Ladysmith und Colenso abzuschneiden.

Ein Telegramm aus Durban an den „Katal Mercury“ meldet, daß die Boeren ihre bei Glencoe angewendete Taktik vor Ladysmith wiederholen werden, indem sie zuerst einen Scheinangriff ausführen, um alsdann mit dem Gros einen anderen Punkt anzugreifen.

**Ladysmith, 29. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Die Boeren schließen Ladysmith immer enger ein. Die nicht ortsanfälligen Zivilpersonen erhielten Befehl, die Stadt zu verlassen.

**Ladysmith, 30. Oktober, 5 Uhr 20 Min. früh.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Eine Kanonade hat soeben begonnen. Die Boeren werfen Geschosse aus ihren Belagerungsgeschützen; ihr Feuer wurde nach sieben Schüssen der englischen Batterien zum Schweigen gebracht. Die Boeren gehen jetzt auf der linken Flanke der Engländer vor.

**London, 30. Oktober. (W. S.)** Die „Times“ veröffentlichten ein Telegramm aus Ladysmith, wonach dort gerüchelt wurde, daß sämtliche Munition für den General White, welche aus Durban nach Pieter-Maritzburg unterwegs war, von den Boeren aufgefunden worden ist. Pieter-Maritzburg ist vollständig abgeschnitten.

**London, 30. Oktober. (W. S. W.)** Eine amtliche Meldung des General White besagt: Heute fand ein Treffen mit Voerentruppen statt, welche, wie man annimmt, die Streitmacht des Generals Joubert bildeten. Nach mehrstündigem Gefecht wurden die Boeren zurückgeworfen. Die Verluste betragen auf englischer Seite etwa 100 Mann, die des Feindes sind viel beträchtlicher. Der Feind trat in größerer Stärke auf als bisher, auch war seine Artillerie besser als sonst.

### Im Westen.

**London, 29. Oktober.** Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Masfeling vom 23. d. M. gemeldet: Die Beschießung begann heute früh um 7 Uhr 40 Min. Die ersten Schüsse gingen fehl, später schlugen eine Anzahl Schüsse in die Stadt ein, richteten aber wenig Schaden an; drei Geschosse trafen ein jetzt als Hospital dienendes Kloster. Von englischer Seite wurde nur ein Schuß abgegeben, der ein feindliches Geschütz außer Gefecht setzte. Nach drei Stunden wurde gefragt, ob die Stadt sich übergebe, was der Kommandant Waden-Sowell verneinte. Eine Depesche aus Masfeling vom Tage darauf lautet: Die Boeren haben sich der Wasserwerke bemächtigt und die Wasserzufuhr abgebrochen; doch herrscht keine Verlorenheit, da die Wasserbehälter gefüllt sind. Gestern Abend machte eine Abteilung einen Anstall; sie stieß drei Meilen nördlich von Masfeling auf den Feind, wechselte mit ihm Schüsse und kehrte dann in die Stadt zurück; Kommandant Sydney Webb ist schwer verwundet; die Verluste der Boeren sind nicht bekannt.

**Pretoria, 27. Oktober.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Hier ist die Nachricht eingegangen, daß Masfeling in Flammen steht.

### Stimmung gegen den Krieg.

**Frankfurt a. M., 30. Oktober. (W. S.)** Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Die französisch-kanadische Presse greift die Regierung Kanadas wegen der Entsendung eines kanadischen Corps nach Südafrika heftig an. Manche verlangen eine Seession. — In Washington ist das unkontrollierbare Gerücht verbreitet, daß Admiral Schley mit einem Geschwader nach Südafrika beordert werden soll.

**Paris, 30. Oktober. (W. S.)** Eine Delegation der französischen Freia-Gesellschaft hatte heute bei dem Minister des Auswärtigen eine Audienz, um diesen zu ersuchen, die Initiative zu internationalen Verhandlungen zu ergreifen, um die Neutralisation der Delagoa-Wai zu sichern.

### Versammlungen.

Die Kreisversammlung für Teltow-Weesow-Charlottenburg tagte am Sonntag im Thomastischen Lokal in Rixdorf. Zuerst erstattete der Kreis-Vertrauensmann Eberhard Bericht über seine Thätigkeit: Es sind im vergangenen Geschäftsjahre zwei Agitationstouren gemacht worden. Bemerkenswerte Vorkommnisse im Kreise sind nicht zu verzeichnen. Nach dem gedruckt vorliegenden Rapport betrug die Gesamtsumme 11 440,00 M., die Gesamtsumme 8565,33 M., Bestand 2876,27 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Posten: Agitation 5857,30 M., Unterhaltung 829,50 M., Gerichtskosten 470,63 M., Diverses 1407,81 M. — Auf Antrag der Revisoren wurde der Vertrauensmann entlastet. — Dem Bericht der Mandatprüfungs-Kommission zufolge sind auf der Konferenz 17 Orte durch 46 Delegierte vertreten. Außerdem sind Vertreter der Presb., der Lokals, der Agitations-Kommission, der Kreisvertrauensmann, der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, im ganzen 58 Personen anwesend.

Als zweiter Punkt stand die Berichterstattung über die Brandenburgische Provinzial-Konferenz und den Parteitag zu Hannover auf der Tagesordnung. Der Referent Jubeil besprach die Anträge, die der Kreis zur Brandenburgischen Konferenz gestellt hatte. Unter anderem bemerkte der Redner, durch Festsetzung der Gründung der „Fadell“ sei auch den Genossen dieses Kreises die Pflicht auferlegt, für Verbreitung des genannten Blattes zu sorgen. Wegen der großen Ausdehnung des Wahlkreises und wegen des ungenügenden Einflusses, den die Unternehmer auf dem Lande auf die Arbeiter ausüben, werde es jedoch nicht möglich sein, dem Blatte in den entlegenen Ortschaften Eingang zu schaffen.

Sehr eingehend behandelte der Redner die Beschlüsse des Parteitages zu Hannover. Die Versammlungen seien ein reinigendes Gewitter gewesen, welches im Interesse der Partei notwendig war. Die Delegierten des Kreises haben gegen die Resolution Bebel gestimmt, um sich nicht für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen festzuliegen. Sollte der nächste Parteitag sich für die Wahlbeteiligung entscheiden, dann müßten sich natürlich auch die Genossen dieses Kreises dem Beschlusse fügen; ob sie demselben aber mit besonderer Freudigkeit nachkommen könnten, das sei eine andere Frage. Zur Debatte über den Militarismus bemerkte der Redner, der Ausschuß Schippels aus der Partei sei nicht nötig gewesen. Dem so deutlich die Wahrheit gesagt worden ist, wie Schippel auf dem Parteitag, der müsse selber wissen, was er zu thun hat. Die jetzige Wandlung Schippels werde nicht seine letzte sein und wir würden ihn wohl nicht mehr, lange als Parteigenosse in unseren Reihen haben. — Der Verlauf des Parteitages habe gezeigt, daß die Hoffnung unserer Gegner auf eine Abweichung vom Boden des Klassenkampfes vergeblich sei. Bedauerlich sei es aber, wenn ein Parteigenosse, wie aus einem Bericht der „Voss. Ztg.“ hervorgehe, gesagt hat, wenn die Arbeiter mit den Unternehmern Verträge abschließen, dann dürfe man die Bezeichnung „Ausbeuter“ nicht mehr gebrauchen. Der dieser Ansicht ist, meint Jubeil, der verkenne das Wesen des Klassenkampfes.

Köster-Schöneberg bezeichnet sich als denjenigen, auf den die letzte Bemerkung Jubeils sich beziehen soll. Seine Ausführung sei in der „Voss. Ztg.“ nicht richtig wiedergegeben. Er habe in einer Versammlung in Schöneberg gesagt: Nachdem die Arbeiter Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen haben, nenne man die letzteren nicht mehr selbständig Ausbeuter, wie man es früher gethan hat. Es sei zu bedauern, meint Redner, wenn jemand, der eine abweichende Meinung zum Ausdruck bringt, als Reyer betrachtet wird. Sellin findet zwischen der Erklärung Kösters und dem betreffenden Bericht keinen thatsächlichen Unterschied, und wunderte sich, daß es hier, wie die Aeußerung Kösters zeige, noch größere Verschiedenheiten gäbe, als man unter den süddeutschen Genossen vermutet habe. Hirsch bemerkt hierzu: Was Köster gesagt hat, das gehe noch weit über Bernstein hinaus. So lange die Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel die Möglichkeit haben, Mehrwert aus der Produktion der Arbeiter zu ziehen, so lange seien die Unternehmer Ausbeuter. Daran ändere der Abschluß von Verträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern nichts; hierdurch werde nur die Form, nicht aber das Wesen des Klassenkampfes berührt. Köster bemerkt, er habe nur sagen wollen, daß der gewerkschaftliche Kampf heute mildere Formen angenommen habe, wie früher. — Zum Parteitagbericht wurde folgende Resolution angenommen:

Die Kreisversammlung erklärt ihre Einverständnis mit den auf der Brandenburgischen Provinzialkonferenz und auf dem Parteitag zu Hannover gefaßten Beschlüssen und verpflichtet, nach Kräften allerorts für deren Verwirklichung zu sorgen.

Hierauf referierte Paul Hirsch-Charlottenburg über: „Die Lehren der Wahlstatistik.“ Der Referent legte seinen Betrachtungen die von ihm im Auftrage des Kreises bearbeitete Statistik der letzten drei Reichstagswahlen zu Grunde. Der Kreis Teltow-Weesow-Charlottenburg weise sehr verschiedenartige Verhältnisse auf; nicht nur der Unterschied zwischen Stadt und Land trete in ihm hervor, sondern auch in den Städten selbst sei die Zusammenlegung vielfach eine grundverschiedene; er erwähne nur Rixdorf und Charlottenburg. In Städten mit überwiegend industrieller Bevölkerung seien gute, zum Teil sogar glänzende Resultate erzielt worden. In Orten wie Köpenick, Adlershof, Rixdorf und andere habe die Socialdemokratie so sehr festen Fuß gefaßt, daß es auch den vereinten Kräften der gesamten bürgerlichen Parteien schwerlich gelingen dürfte, sie aus ihrer Stellung zu verdrängen. Andererseits dürfe man nicht verkennen, daß in manchen Orten ein Stimmrückgang sich bemerkbar mache, der in den Verhältnissen der betreffenden Orte keine Begründung finde. Jubeil habe es auf hier an ausreichender Agitation gefehlt. Weniger gut seien die auf dem Lande erzielten Resultate, wenngleich sich auch hier ein Fortschritt nicht verkennen lasse. Ein geistiges Bindemittel für die Landbevölkerung sei unbedingt nötig, da die Agitationstouren allein nicht ausreichend sind, die ländliche Bevölkerung in großen Massen zu uns hinüberzuziehen. Ob die neugegründete „Fadell“ diesem Zwecke entspreche, darüber könne er sich nach der bisher vorliegenden Probenummer noch kein Urteil erlauben. Ein guter Anfang sei damit jedenfalls gemacht. Auffallen seien die vielen während der Wahlbewegung zu Tage getretenen behördlichen Verhöße gegen das Gesch. Es empfehle sich deshalb, durch Aufklärung in den weitesten Kreisen dafür zu sorgen, daß die Genossen an allen Orten wissen, wie sie sich solchen Verhößen gegenüber zu verhalten haben. Am günstigsten seien die erzielten Resultate im Kreise Teltow, am ungünstigsten in Weesow-Charlottenburg. Auch Charlottenburg stehe aus leicht erklärlichen Gründen hinter dem Durchschnitt des gesamten Kreises zurück. In Bezug auf die Einzelheiten verweise der Referent auf die gedruckt vorliegenden statistischen Daten. Es komme darauf an, aus den Erfahrungen früherer Jahre zu lernen, Fehler zu vermeiden und das Gelernte zu verwerthen, um neue Waffen zu schmieden für den Kampf um die Befreiung des Proletariats und bei den nächsten Wahlen gleich im ersten Wahlgange den Kreis für die Socialdemokratie zu erobern.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion, die sich hauptsächlich darum drehte, in welcher Art die Agitation zu betreiben ist und auf welche Teile des Kreises sie sich vorwiegend zu erstrecken haben müßte. Jubeil verteidigte die Ansicht, der Stimmrückgang in den Berliner Vororten lehre uns, daß wir den Schwerpunkt unserer Agitation auf die Vororte legen müssen, deren Arbeiterbevölkerung für unsere Ideen naturgemäß zugänglicher sei, wie die Bewohner der entlegenen ländlichen Ortschaften, dagegen könnten die Agitationstouren aufs Land, deren Kosten in keinem Verhältnis zu den Erfolgen stehen, eingeschränkt werden. Eine Agitationstour im Jahre würde genügen, im übrigen müsse man die in Berlin arbeitenden und im Kreise wohnenden organisierten Bauarbeiter als Bindeglied für die ländliche Agitation und Organisation heranziehen. Dagegen ist Köster-Charlottenburg der Meinung, daß die Landagitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden dürfe, wenn sich die Folge dieser von Jubeil befürworteten Einschränkung nicht in Gestalt eines Rückganges der Wahlstimmen bemerkbar machen solle. Die Agitationstouren dürften erst dann eingeschränkt werden, wenn in den betreffenden Orten ein fester Stamm von Parteigenossen gewonnen ist. In den Berliner Vororten nehme die bürgerliche Bevölkerung zu, hier sei deshalb ein weiterer Rückgang der socialdemokratischen Stimmen nicht ausgeschlossen und für diesen Verlust müsse Ersatz in den weiter entlegenen Orten gesucht werden. Einige andere Delegierte sind der Ansicht, daß die „Fadell“ in den von ihnen vertretenen Orten wenig Eingang finden werde. Hirsch bemerkte in seinem Schlußwort: Wenn es sich nur um die Erhaltung des Reichstagsmandats des Kreises handelt, dann möge Jubeil mit seinen Ausführungen hinsichtlich der Landagitation recht haben. Wenn man aber die Revolutionierung der Köpfe für die Hauptsache halte, dann müsse man möglichst viel für die Verbreitung unserer Ideen auf dem Lande thun.

Ein Antrag, der die Verbreitung eines die Hüttenbesitzer bezeichnenden Flugblattes bezweckend, wurde einer zwecks Veranlassung von Agitationsmaterial bestehenden Kommission übergeben.

Hierauf erstatteten die Vertreter der Presb., der Agitations- und der Lokalkommission kurze Berichte, die debattellos entgegengenommen wurden. Dann vollzog man die Neuwahlen, welche folgendes Resultat hatten:

Eberhard-Charlottenburg, Kreisvertrauensmann, Sellin-Charlottenburg, dessen Stellvertreter. Klein und Hoppe-Rixdorf, Mitglieder der Propagandakommission. Schuber-Charlottenburg, Agitations-Kommission. Luttig-Rixdorf, Mitglied der Lokalkommission. Die Revisoren sind in den Orten Mariendorf, Rixdorf und Treptow zu wählen.

Der bestehenden Kommission wurde noch folgender Antrag überwiesen: In den Vororten des Kreises sind in nächster Zeit ein oder zwei Flugblätter zu verbreiten, die sich mit der Lage der arbeitenden Frauen und Mädchen befassen und zur Aufklärung dienen sollen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Für den 16. Kommunal-Wahlbezirk fand am Montagabend eine Versammlung statt. Stadt-Genosse Dupont erläuterte in einem ausführlichen Referat in vortrefflicher Weise die Forderungen der Socialdemokratie im Noten Hause. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl Redner, in früherer Weise für die Wahl des Gen. Theodor Meyner im 16. Bezirk thätig zu sein. Meyner als Kandidat kritisierte noch in kernigen Worten die vielfachen Schäden in der Berliner Stadtverwaltung, die es den selbständigen Gewerbetreibenden geradezu zur Pflicht machen, einen Socialdemokraten ihre Stimme zu geben. In gleicher Weise äußerte sich Ridert. Hoch machte zum Schluß noch darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 5. November früh, eine Flugblatt-Verteilung, mittags 12 Uhr eine Wähler-Versammlung im Reypalast, Alexandrinenstr. 110, stattfinden.

Eine Kommunalwähler-Versammlung für den 19. Bezirk tagte gestern, Montag, bei Spielberg, Köpnickstraße, in der der Kandidat des Kreises, A. Köster, referierte. Nachdem der Redner das Dreiklassen-Wahlrecht und die öffentliche Stimmabgabe entsprechend gewürdigt hatte, erörterte in eingehender Weise die Forderungen der Socialdemokratie auf kommunalem Gebiete. Durch lebhaften Beifall erklärten sich die Versammelten mit dem Referenten einverstanden. In längerer Ausführung kennzeichnete hierauf Genosse Taterow das Verhalten des Liberalismus im „Noten Hause“ und forderte gleichfalls auf, für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten. Als Gegner präsentierte sich ein Lehrer Herr Suppers, der nachzuweisen suchte, daß besonders auf dem Gebiete des Schulwesens schon alles auf das Beste bestellt sei, und daß das, was noch fehlt, auch von der linksstreifigen Partei, der er angehört, angestrebt wird. Den Genossen Lohse, Taterow, Th. Glöde und Frick-Rixdorf war es ein Leichtes nachzuweisen, daß die Zustände durchaus nicht so rosig sind, wie sie von Herrn Suppers geschildert wurden, und die Redner unterließen es auch nicht, das Vorgehen des Liberalismus bei den verschiedenen Gelegenheiten genügend zu kennzeichnen, wodurch der Liberalismus ja bewiesen hat, daß er längst alle freisinnigen Forderungen aufgegeben hat und überall reaktionär auftritt, wo er in der Majorität ist.

Mit allen gegen drei Stimmen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und in der sie sich verpflichteten, am Tage der Wahl für den socialdemokratischen Kandidaten A. Köster, einzutreten.

Eine Versammlung für den 33. Kommunal-Wahlbezirk, welche sehr gut besucht war, tagte gestern Abend im Schmeiderischen Lokale in der Belfortstraße. In gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Pfannkuch, welcher in interessanter Weise auf einige geheimeren Flugblätter einging. Besonders das von freisinniger Seite herausgegebene Flugblatt sei ein Beweis dafür, da die zehnjährige kommunale Thätigkeit der Socialdemokratie endlich auch diese Partei von der bisherigen Praxis des Gehens und Geschehenlassens abgebracht habe. Freisinn stellen die Wahlversprechungen der Freisinnigen ihrer Partei doch denkbar schlechteste Zeugnis aus. Wohl könne man damit einverstanden sein, wenn der Freisinn fordert, der Kandidat solle kein „unbeschriebenes Blatt“ sein. Diesem Verlangen entspricht aber der Kandidat der Socialdemokratie im vollsten Maße; denn in dem Worte Socialdemokratie ist ein ganzes Programm enthalten. Prüfe man aber den Freisinn daraufhin, so finde man zwar auch beschriebene Blätter, deren Inhalt aber lautet: „Es war zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein.“ Die konservative Bürgerpartei, die den Ehren-Stöcker als Kandidaten den Arbeitern zu präsentieren mag, könne nicht ernst genommen werden. In der Diskussion meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Genosse Gerhard wünscht dringend, daß die socialdemokratischen Stadtverordneten auch für die Errichtung eines Hindelhauses eintreten. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß am Sonntag Flugblatt-Verteilung und mittags 12 Uhr im „Prater“ noch eine Wählerversammlung stattfinden.

Centralverband der Maurer. Am 18. Oktober hielten die Cementierer (Zahlstelle IV Berlin des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands) bei Busse, Grenadierstr. 63, ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher nachts unter großem Beifall über „Indifferentismus in der gewerkschaftlichen Organisation“ sprach. Bei der Neuwahl der Vorstandsmittelglieder wurde Fliege als erster Bevollmächtigter, Heidepriem als Schriftführer gewählt. — Sodann wird der Kassierer beauftragt, die Namen der schlecht zahlenden Mitglieder festzustellen und sie in der nächsten Versammlung belangen zu geben.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Braunschweig, 30. Oktober. (W. S. W.) Der Landesverband Braunschweig des „Deutschen Flottenvereins“ erhielt heute folgendes Telegramm:

„E. Majestät der Kaiser haben sich über die Begründung des dortigen Landesverbandes des „Deutschen Flottenvereins“ sehr gefreut und lassen der treuen Mitarbeit an der großen nationalen Aufgabe gegenwärtigen Erfolg wünschen. Auf allerhöchsten Befehl v. Lucanus.“

Udapest, 30. Oktober. (W. S. W.) Weil Referenten, die bei einer Kontrollversammlung ihre Meldung gegen die Instruktion in ungarischer Sprache vorgebracht hatten, bestraft worden sind, veranstalteten heute große Scharen von Studenten mit Demonstrationen vor dem liberalen Klub. Als jedoch berittene Polizei einstrich, zerstreuten sich die Studenten. Die Kundgebung dauerte kaum eine halbe Stunde.

Paris, 30. Oktober. (W. S.) Der Staatsgerichtshof hat heute beschlossen, Déroulède nicht wegen des Santhreiß gegen die Republik, sondern nur wegen Komplotts zu verfolgen.

Paris, 30. Oktober. (W. S. W.) Die Budgetkommission hielt trotz der Ausführungen des Ministerpräsidenten Waldeck-Roussin den Antrag von drei Millionen im Budget des Kultusministeriums, welcher kürzlich beschlossen war, aufrecht. Ebenso bestand die Kommission auf Abschaffung des Kredits für die Postfach beim Vatikan, obwohl der Minister des Auswärtigen Delcassé sich dagegen ausgesprochen hatte.

Paris, 30. Oktober. (W. S. W.) Staatsgerichtshof. Die Einzelkammer hat mit Bezug auf Georges Thibault und Guizapages Einstellung des Verfahrens beschlossen.

Honfleur, 30. Oktober. (W. S. W.) Bei einer Dynamitexplosion in der Patronenfabrik von Ablon wurden 5 Personen getötet.

Rom, 30. Oktober. (W. S.) Gestern hielt der frühere Ministerpräsident Giolitti seinen Wählern an Piemont eine Rede, in der er sich gänzlich von den Konservativen lossagte und dies damit motivierte, daß gewisse Forderungen der Socialisten erste Beachtung verdienen und daß die von den Socialisten betriebene Obstruktion gegenüber der Haltung der Regierung erklärlich wäre.

Rom, 30. Oktober. (W. S. W.) Der Staatsprokurator wird die Kammer um die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der Deputierten ersuchen, welche des Amstirzeas der Wahlen in der Kammer angebeschuldigt sind.

Madrid, 30. Oktober. (W. S. W.) Die Deputiertenkammer ist heute eröffnet worden und hat die Wahl der Bureau vorgenommen.

Sofia, 30. Oktober. (W. S. W.) Die Sobranje wählte den Kandidaten der Regierung Vucaloff zum Präsidenten.



# Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Am Montag, 6. November, finden von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr, im 1., 3., 6., 7., 15., 16., 19., 20., 21., 26., 27., 30., 36., 38., 40., 43., 44., 45., 46., 47. und 48. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung die **Ergänzungswahlen** für die **Stadtverordneten-Versammlung** statt.

Parteigenossen! Die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, die durch die Vermehrung der Stadtverordnetenitze erforderlich geworden ist, verschafft den diesjährigen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung. Die Vermehrung der Sitze muß der Socialdemokratie, als der legitimen Vertreterin der unterdrückten Bevölkerungsschichten, eine **Vermehrung ihres Einflusses** im Berliner Stadtparlament verschaffen. Es gilt, zu den bisherigen Sitzen eine Anzahl neuer Mandate hinzuzuerobern, eine Aufgabe, die bei der Arbeiterfeindlichkeit der herrschenden Klassen, bei der Rückständigkeit des maßgebenden **Kommunalfreisinn** allen socialen Anforderungen gegenüber, heute **dringlicher denn je geworden ist**.

Parteigenossen! Das volksfeindliche Dreiklassen-Wahlssystem, dessen Ungerechtigkeit die erste und zweite Wählerabteilung ausschließlich den Geldsackinteressen reserviert, zwingt uns, unser ganzes Wirken auf die **dritte Abteilung** zu konzentrieren. Diese muß aber der **Socialdemokratie erobert werden**. In begeisterungsfreudiger Agitation sind die Säumnigen aufzurütteln, die Unentschiedenen zu belehren, damit sie wie bei der Reichstagswahl so auch bei den Wahlen zum Stadtparlament ihre Rechte durch die Wahl **socialdemokratischer** Vertreter zur Geltung bringen.

Auf zur Agitation! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

## Zur Stadtverordneten-Wahl.

Im ersten Reichstags-Wahlkreise finden am Montag, den 6. November, vormittags von 9 bis abends 8 Uhr, im ersten Kommunal-Wahlbezirk Neuwahlen der dritten Abteilung zur Stadtverordneten-Versammlung statt.

Zur Orientierung der Wähler veröffentlichen wir hiermit das für den Wahlkreis in Betracht kommende Wahltableau. Um die Wähler am Wahltag vor Zeitverlust zu bewahren, machen wir darauf aufmerksam, daß das Wahlrecht in dem Bezirk auszuüben ist, wo der Wähler bei Ausstellung der Wählerlisten, also Anfang Mai d. J., seine Wohnung inne hatte.

Der Wähler wählt in seinem Wahllokal an dem Tisch, an welchem die Karte des ausgehängten Plakats mit der Karte seiner ihm vom Magistrat zugefandenen Einladung übereinstimmt. Sollte einem Wähler keine Einladung vom Magistrat zugefandt sein, so kann er, sofern er in die Wählerliste eingetragen ist, von dem im Wahllokal von nachmittags 5 Uhr anwesenden zwei Magistratsbeamten eine solche ausgestellt erhalten. Jedoch muß sich jeder Wähler mit ausreichender Legitimation — Steuerzettel, Mietkontrakt — versehen.

Der 1. Kommunal-Wahlbezirk umfaßt die Häuser: Bischofsstraße 1-28, Burgstraße 1-31, Döllingergasse, Hoher Steinweg, Finkenstraße 1-69, Königsstraße 1-25 u. 41-69, Marienkirchhof 1-23, Nikolai-Kirchhof 1-14, Poststraße 1-31, Kleine Poststr. 1-13, Probirstraße, Rathhausstraße, Siebertstraße 1-18, Spandauerstr. 1-81, Flegelgasse, Großer Heldenhof, Am Krügel, Rollenmarkt, Wollensstraße, Parochialstraße, Straußensstr. 1-58, Alexandersstraße 18, Neue Friedrichstraße, Grunerstraße (von der Stadtbahn bis zur Neuen Friedrichstraße), Klosterstr. 1-101, Kömmerstr. 26a, 27-40, An der Straßener Brücke, Al. Straußensstr., Waisenstr., Gontardstr., Kaiser Wilhelmstraße 1-15, 22-49, Kalandogasse, Königskolonnenaden, Neue Gasse, Panoramaplatz, Köpferstr. 7-16, Schmale Gasse 1-8, Spandauer Brücke 1-3 u. 10-16, Stadtbahn-Bahnhof „Alexanderplatz“, Hinter der Gasse, Heideberggasse, Heideberggasse, Kleine Poststr., Kleine Poststr. 1-13, Neue Promenade 9-10, Wollensstraße, Stadtbahn-Bahnhof „Börse“, Wollensstraße, Breitenstraße, Brückstraße, Cantianplatz, Friedrichsstraße 1-62, Gertraudenstraße 1-27, Kleine Gertraudenstr. 1-5, Am Lustgarten, Am Mühlentor, Neumannsgasse, Neumannsgasse, Kleine Neumannsgasse, Petriplatz, Schwanenstraße, An der Schloß, Schloßplatz, Spreerstraße, An der Stadtbahn, Fischerstraße, Fischerstraße, Köllnische Fischmarkt, Köllnische Fischmarkt, Schornsteinfegergasse, Grünstraße, Petristraße, Rittergasse, Röhre, Kleine Röhre, Kreuzstraße, Röhre 1-51, Kleine Röhre 1-8, 10-12, 18, Alte Kreuzstraße, Niederwallstraße, Oberwallstraße 10-14, Staueshof, Kleberstraße, Haldenstraße, Am Festungsgraben, Kreuzstraße 33b-33c, Hinter dem Viehhause, Hansvolquet Platz, Holzgartenstraße, Jägerstr. 32-44, Jerusalemstraße 23/24, Wollensstr. 37a bis 40, Wollensstraße, Niederwallstraße, Oberwallstraße, Pflanzengasse, Unterwallstraße, Werderstraße, Werderstraße.

Wahllokal: Hotel Althändler Hof, Neuer Markt 8/12 (Saal I). Kandidat: **Fritz Preuß**, Geschäftl.

Das socialdemokratische Wahlkomitee tagt am Tage der Wahl bei No. 7, Klosterstr. 7.

## Lokales.

**Zur Stadtverordneten-Wahl.** In dem am Freitag veröffentlichten Verzeichnis der Straßen, welche der 30. Kommunalwahlbezirk umfaßt, haben einige Häuser gefehlt. Es sind dies die Häuser Auguststraße 46-53.

**Achtung zweiter Wahlkreis.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet für den 6. und 7. Bezirk eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung bei Köhler, Teltowerstr. 38, statt. Referent für den 6. Bezirk: Genosse Ferdinand Ewald.

Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung für den 3. Bezirk bei Lorenz, Markgrafensstr. 83, statt. Referent: Adg. Fritz Jubeil.

**Tagesordnung für beide Versammlungen:** Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für regen Besuch zu agitieren. Das Wahlkomitee.

**Kommunale Arbeiterfürsorge.** Die Organisation der städtischen Schlacht- und Viehhofarbeiter teilt uns mit, daß das Verhalten des Direktors Hausburg immer mehr das Vertrauen der Arbeiter erregt. Die Schweinejuche macht die Anwendung ätzender Desinfektionsmittel notwendig. Am müssen die Arbeiter in der etwa sieben Morgen großen, in Querten eingeteilten Schweine-Verkaufshalle, sowie auch in der neuen Halle und in sämtlichen Triebstraßen arbeiten, ohne daß sie mit einer irgendwie genügenden Schutz-Vorrichtung gegen die scharfen Desinfektionsmittel versehen sind. Es giebt zwar Segelkutschchen, aber diese sind teilweise in defektem Zustande. Auch sind noch sechs Paar Halbstiefel vorhanden, doch läuft in diese der Kalk von oben hinein. Die Folgen der ungenügenden Sicherung bestehen für die Arbeiter nicht allein in unbrauchbar gemachten Kleidungsstücken, sondern auch in gefährlichen Verletzungen der Hände und Füße.

Die Gesuche der Arbeiter um Anschaffung genügender Schutzmittel sollen unbedenklich unberücksichtigt bleiben. Denn alle Vorkahrungen waren bis jetzt erfolglos und eine am 11. November v. J. an das Kuratorium des Viehhofes gerichtete Petition der Arbeiter ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Ebenso ist einer Deputation, welche schon am 12. Januar d. J. bei Herrn Stadtrat Hüßner die Beschwerden und Wünsche der Viehhofarbeiter vortragen sollte, bis heute noch keines Bescheides gewürdigt worden.

Ein fälschlicher Beitrag zu dem Kapitel: Kommunale Arbeiterfürsorge!

Mit der Frage der Aufnahme weiblicher Mitglieder wird sich die im Januar bevorstehende Generalversammlung der Berliner Medizinischen Gesellschaft nochmals zu beschäftigen haben. Die Antragsteller Dr. Jadel und Freudenberg plädieren heute in der „Med. Reform“ zu Gunsten der von ihnen gewünschten Satzungsänderung. Man dürfe keinen zurückstehen, der den Wunsch habe, der ärztlichen Wissenschaft zu dienen und sein Wissen und Können zum Wohl der leidenden Menschheit zu bereichern. Auch die British Medical Association, sowie russische ärztliche Gesellschaften, sowie auch die American Medical Association, nehmen Kerzinnen als Mitglieder

auf. Nun handle es sich allerdings um Frauen, welche die Approbation im Auslande erworben haben. Aber die Medizinische Gesellschaft habe bisher auch im Auslande approbierte Ärzte unbedenklich als Mitglieder aufgenommen und zähle solche noch in ihrer Mitte. Letztgenannt werden wir nach der neuen Entscheidung des Reichskanzlers unzweifelhaft in wenigen Jahren auch „deutsche Kerzinnen“ haben, und dann komme jener Einwand überhaupt nicht mehr in Frage. Die Antragsteller ersuchen Kollegen aus allen Parteien um ihre Unterstützung.

**Berliner Frauenklub von 1900.** Diesen Namen trägt ein neuer Frauenklub, der am Sonntag eröffnet worden und in erster Linie für erwerbende Frauen und Mädchen bestimmt ist. Das Klublokal befindet sich Schellingstr. 5, dicht beim Potsdamer Platz und bietet den Mitgliedern eine Reihe freundlicher und modern eingerichteter Zimmer, die ihnen von morgens 10 bis abends 11 Uhr zur Verfügung stehen. Hervorzubeden ist ein Empfangszimmer, in dem die Mitglieder zwanglos Gäste einführen und Besuche empfangen können, ein Lesezimmer mit einer kleinen Bibliothek und einer Reihe von Zeitungen und Journalen, ein Musik- und Konversationszimmer, sowie endlich zwei Speisezimmer, in denen zu billigen Preisen Speisen und Getränke verabreicht werden. Der Klub hat weiter keine Tendenz und keinen anderen Zweck, als eben den, den Mitgliedern diese Klubeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Und da es in Berlin zahllose um das tägliche Brot arbeitende Frauen giebt, die entweder allein stehen oder sich in unfreundlichen, gedrückten Wohnungen bewegen, so muß man anerkennen, daß solche Klub-einrichtungen für viele eine Wohlthat sind und sich in der Weltstadt immer mehr als ein Bedürfnis erweisen. Der Klub zählt denn auch schon jetzt gegen 400 Mitglieder, vorwiegend Lehrerinnen, Malerinnen und kaufmännische Angestellte, und man hofft auf weitere rasche Vermehrung. Der Jahresbeitrag ist sehr billig bemessen; er beträgt 6 Mark und kann in zwei Raten beglichen werden, während der bereits bestehende, vor einiger Zeit begründete erste Frauenklub einen wesentlich höheren Beitrag erhebt. — Wir glauben, gerade da es sich bei diesen unpolitischen Frauenklubs in der Weltstadt um ein offenbar vorhandenes Bedürfnis handelt, daß die vorhandenen Einrichtungen noch keineswegs genügen und daß man, nachdem der Westen vorangegangen ist, ganz gut daran denken könnte, auch in anderen Stadtteilen solche Klubs zu begründen. Allerdings müßte immer darauf gehalten werden, daß keine politischen oder religiösen Nebenabsichten mitspielen und daß der Charakter von Wohltätigkeits-Anstalten vermieden wird.

**Die kgl. Bibliothek bleibt in Berlin.** Diese für viele Kreise frohe Nachricht wird offiziell in folgender Fassung kundgegeben: Man wird sich erinnern, wie sehr von verschiedenen Seiten der Gedanke, die königliche Bibliothek aus der Mitte der Stadt in die Gegend des Zoologischen Gartens zu verlegen, bemängelt und angegriffen worden ist und wie lebhaft Kontroversen in den Kreisen der Beteiligten sich über die künftige Lage der kgl. Bibliothek entsponnen hatten. Nach längeren Beratungen zwischen den zuständigen Ressorts ist die Streitfrage nunmehr endgültig dahin entschieden worden, daß der Neubau der kgl. Bibliothek auf dem sogenannten Akademieviertel unter den Linden ausgeführt werden soll. Schon im nächsten Etat dürfte die Mittel zum Ankauf des ganzen Akademiegrundstückes für den Staat als Bauplatz für das künftige Bibliothekgebäude ausgebracht werden.

**Eine Preiserhöhung auch für Tischlerarbeiten** und zwar um 10 Proz. wird von den Meistern der Berliner Tischlerinnung beabsichtigt. Sie begründen diese Maßregel damit, daß die Löhne und die Materialpreise gestiegen seien. Um die Erhöhung durchzusetzen, will die Innung eine Versammlung aller Tischlermeister von Berlin und Umgegend zusammenberufen.

**Von der Universität.** Der gestrenge Kurs des im Verdacht einigen Liberalismus stehenden Rectors Fuchs hat heute ein neues Opfer gefordert. Es wurden Flugblätter des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins konfiskiert, welche nichts enthalten als Programm und Statuten des Vereins. Es verlangt, die Konfiskation sei gelassen, weil keine besondere Genehmigung zur Verteilung der Flugblätter eingeholt worden sei; da jedoch eine solche Genehmigung keineswegs erforderlich ist, scheint vielmehr das Wegfallen des Herrn Rektor dadurch erregt worden zu sein, daß in den Flugblättern bemerkt worden war, es werde an Stelle des verbotenen Vortrags der Frau L. Braun ein Vortrag einer anderen Dame stattfinden. Herr Lazarus Fuchs beweist seine liberale Lebensanschauung, indem er seinen Vorgänger, Herrn Walther, an reaktionärer Behinderung der Studentenschaft weit hinter sich läßt.

**Die Sorgen einer Provinzial-Synode.** Die brandenburgische Provinzial-Synode beschloß gestern mit folgendem Antrag: „In der Stadtverordneten-Versammlung vom 26. d. M. hat der Stadtverordnete Dr. Preuß das Kirchenlied „Befehl Du Deine Wege“ und den Bibelspruch „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen“ travestiert. Die Provinzial-Synode spricht hierüber ihre lebhafteste Entrüstung aus und bedauert tief, daß diese alle Christen verlegenden Keuschungen eine gedehrende Zurückweisung seitens des Vorsitzenden nicht gefunden haben.“ Ein Vorsitzender der Berliner Stadtverordneten-Versammlung würde — was man auch sonst gegen die Mehrheit dieser Körperschaft sagen mag — denn doch wohl bald umgänglich werden, wenn er sich von Amts wegen der Minder- und Freigereger schuldig machte.

**Zur Denkmalsbeschädigung.** Der Anschlag der Studierenden der Technischen Hochschule veröffentlicht eine Erklärung, in welcher er gegen den Gedanken protestiert, als könnten die Denkmalschänder, welche den Vandalismus in der Sieges-Allee verübt haben, in den Kreisen der Studierenden zu suchen sein. Das Rektorat der Technischen Hochschule schließt sich dieser Erklärung an, die ja begreiflich, wenn sie die in bürgerlichen Zeitungen aufgezählten Indizien auch nicht beseitigen kann. Die „Berl. Ztg.“ schreibt hierzu: „Wir unsererseits wünschen dringend, daß sich der Verdacht als unbegründet erweisen möge, wir machen aber darauf aufmerksam, daß gerade diejenigen Blätter, welche es heute so darstellen, als sei die Keuschung eines Verdachtes in der angeedeuteten Richtung hin eine Beleidigung der gesamten Studentenschaft, die ersten gewesen sind, welche den Versuch machten, politischen Parteien, der Socialdemo-

kratie und den Freisinnigen, die moralische Mitschuld an jenem Verbrechen zuzuschreiben.“

Uebrigens ist zu melden, daß Kasperle in der „Deutschen Tageszeitung“ sich zur Abwechslung auf der sentimentalsten Leier versucht. Indem er auf eine angebliche Keuschung Kaiser Wilhelms II Bezug nimmt, wonach die beschädigten Figuren nicht ausgebessert, sondern als „Denkmal des Barbarismus“ stehen bleiben sollen, singt er: „Es ist anzunehmen, daß diese Art der Vesträfung schändlicherer Frevels für alle Zeit abschreckend wirken werde, und vor allem zu wünschen, daß sie auch denen ins Gewissen schneide, die durch Spott und Hohn in Wort und Bild zur Vorbereitung jener ruchlosen That das Ihre thaten.“

Warum Kasperle auf diese Töne verfällt, ist unklar. Hat er, der ob seiner Handwürfaden in fast allen Berliner Zeitungen moralische Ohrfeigen bekommen hat, doch brauchen im Lande desto höhere Erfolge aufzuweisen. Die meisten Kreisblätter drücken nämlich seine Tollheiten ab, weil sie gegen die Socialdemokratie gerichtet sind. Werden die Bauern Augen machen, wenn sie lesen, daß die Socialdemokraten in Berlin nach Kavalleriestart laufen.

**Ueber die Abenteuer eines Kriminalbeamten** bringt eine Korrespondenz die folgende bedenkliche Geschichte: Fortgesetzte Milch- und Sahne Diebstähle auf verschiedenen Bahnhöfen erinnern an große Diebereien, die vor, einigen Jahren einmal in hiesiger Kriminalbeamter in Hamburg-Altona aufgedeckt hat. Aus dortigen Berichten verjüngt den Tag für Tag kommen mit Milch und Sahne, ohne daß es den Bahndirektoren gelingen wollte, den Dieben auf die Spur zu kommen. Man nahm schließlich, da die Hamburger Beamten zu belannt waren, um im geheimen wirken zu können, einen Berliner Kriminalbeamten zu Hilfe, der auf ein halbes Jahr nach Hamburg übersiedelte. Dieser leistete sich, um nicht aufzufallen, als Bahndirektor und fuhr den ganzen Tag hin und her. Aber auch er arbeitete lange Zeit ohne Ergebnis. Schließlich kam er auf den Gedanken, es als Kistenrevisor zu versuchen. Er baute sich eine große Kiste, deren Deckel klotzig mit einem kräftigen Nagegel versehen war und mit blinden Nägeln anscheinend stark vernagelt war. Die Kiste wurde mit mehreren Futterlisten und Wollstücken in den Gepäckwagen gestellt und, nachdem der Kriminalbeamte in ihr Platz genommen hatte, mit besichert. Durch trichterförmige Gullücher konnte der Beamte von der Kiste aus alles beobachten, was in dem Wagen vorging. Auf den Haltestellen liehen nun die wenigen Beamten, die einen Güterzug überhaupt begleiteten, den Gepäckwagen mit Absicht noch besonders unbeaufsichtigt. Auf einer Zwischenstation vor Altona belam der verdorbene Jahrgang, wie man vermutet hatte, auch richtig Gesellschaft. Mehrere Diebstreiber, die einen Transport nach Hamburg begleiteten, erschienen im Gepäckwagen und setzten ihre Fahrt fort. Nachdem der Zug sich wieder in Bewegung gesetzt hatte, machten sich die Männer sofort an eine Durchsuchung des ganzen Wagens. Sie suchten aus, was ihnen gefiel, und stellten alles zur Mitnahme hübsch bereit. Auch an die große Kiste machten sie sich heran. Sie stellten allerhand Betrachtungen an, was sie wohl enthalten könne, und einer verurtheilte schließlich, sie mit einem Brechwerkzeug zu öffnen. Obwohl er gut bewacht war, so wurde dem Kriminalbeamten doch etwas schwall, da er darauf gefaßt sein mußte, von den Spitzbuben, die ihrer vier waren, niedergeschlagen zu werden, sobald er entdeckt wurde. Zum Glück war die nächste Station nicht weit, und der Nagegel hielt bis dahin. Die Diebe verließen ohne Aufsehen einer nach dem anderen den Wagen, nahmen die Beute mit und begaben sich wieder zu ihrem Dienst. Der Kistenrevisor hatte die Diebe genau gesehen, sobald er jeden einzelnen kannte. Auf der Endstation ließ er sie ruhig gewahren und, nachdem sie das Vieh besorgt hatten, auch die Beute weggeschaffen. So lernte man zugleich die Hehler kennen, und noch am selben Abend wurde die ganze Gesellschaft dingfest gemacht.

**Neue Reichspost-Briefmarken.** Nach einer Verfügung des Staatssekretärs des Reichspost-Amtes werden mit dem 1. Januar 1900 Postwertzeichen mit einem neuen Markenbilde (dem Brustbilde einer Germania) ausgegeben werden. Den schon vorhandenen Werten von 3, 5, 10, 20, 25 und 50 Pf. sollen solche von 30, 40 und 80 Pf. hinzutreten. Die Vorbereitungen, noch höhere Werte zu schaffen, sind im Gange.

**Im Vorort-Verkehr der Nordbahn** ist es seit langem als ein Uebelstand empfunden worden, daß der Fahrplan der Sonntagen bei starkem Andrang einzulegenden „Bedarfszüge“, obwohl er vorher genau festgestellt wird, nicht dem Publikum bekannt gegeben wird. Der Verein der an der Nordbahn gelegenen Vororte wird in einer Eingabe an die Eisenbahnbehörde anregen, daß das künftige geschicht. Er verpflichtet sich davon eine bessere Verteilung des Publikums und eine Milderung der Zugüberfüllung.

**Selbstmord einer Geistesproletarierin.** In tragischer Weise hat die Schriftstellerin Franziska v. Kapff-Essenther, die Gattin des Schriftstellers und früheren Theaterdirektors Paul Blumenreich am Sonntagabend ihrem Leben ein Ende gemacht. Sie hat dieselbe Todesart gewählt, wie vor einigen Monaten ihre Veranlagte Julia Dery, indem sie sich in einem Hotel in der Krausenstraße einlogierte und aus dem vierten Stock auf den Hof hinabstürzte. Dieser bedauerwerte Tod der unglücklichen Frau ist darauf zurückzuführen, daß sie nach aufreibendem Kampfe um das tägliche Brot keinen Ausweg mehr zu finden wußte, um sich und den Ihrigen das Leben zu retten. Franziska Kapff-Essenther war, so schreibt die „National-Zeitung“, in ihren guten Tagen eine geist- und erfindungsreiche Erzählerin, deren Romane und Novellen in ersten Journalen zum Abdruck gelangten und sich beim Publikum großer Beliebtheit erfreuten. Ihre Romane „Stimme im Hafen“, „Himmel und Höle“, „Verförgung“ zählen zu den besseren Erzeugnissen der Frauenliteratur. Sie war am 2. April 1849 in Veitomschl geboren und war zuerst mit einem Wiener Musikritiker vermählt. Nach ihrer Scheidung von diesem wurde sie die dritte Gattin Paul Blumenreichs, dessen abenteuerliche Beziehungen zum Theater des Westens noch in unwürdiger Erinnerung sind. Als er sich nach seiner Verurteilung der Strafe durch seine Flucht nach Amerika entzog, mußte die Unterhaltung der Familie fast allein auf den Schultern der Frau. Durch fleißigste literarische Thätigkeit auf verschiedenen



Gebieten suchte die Vereinsamte sich und die Jüngen durchzubringen, bis ihre ohnehin nicht starke Natur erlahmte und sie den Kampf mit der Not aufgab.

Frau v. Kapff-Effenthaler war schon seit einigen Tagen von ihren Angehörigen vermisst worden. In angestrengter Sorge um den Lebensunterhalt für sich und die Ihren hatte sie sich ein Augen- und Herzleiden zugezogen. In einem Anfall ihres Herzleidens hatte sie sich aus ihrer Wohnung im Vorort Friedenau entfernt unter Andeutungen, daß sie Selbstmord verüben werde. Am Sonnabend nachmittag erschien sie in dem Gasthof in der Krausenstraße und verlangte ein bescheidenes ruhiges Zimmer in einem oberen Stockwerk, da sie müde sei und ein wenig schlafen wolle. Nach einiger Zeit kam sie wieder herunter, schrieb sich ins Fremdenbuch ein, bezahlte und ging dann weg. Gegen 6 1/2 Uhr kehrte sie zurück und schrieb einen Brief an eine Verwandte, worin sie ihren festen Entschluß kundgab, ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Das Schreiben verbrachte sie mit den Photographien ihrer Kinder auf der Brust, verhäufte ihr Haupt mit einem Tuch und stürzte sich dann erstickend aus dem Fenster des im vierten Stockwerk befindlichen Zimmers auf den Hof hinunter, wo sie mit zerstücktem Schädel liegen blieb. Zwei Werkzeuge aus der nahen Unfallstation waren bald zur Stelle, konnten aber nur den Tod der Unglücklichen feststellen, die nach dem Leichenschauhaufe gebracht wurde.

**Der Raubmörder Josef Gönczi** ist mit seiner Ehefrau am 28. d. M. von dem brasilianischen Vöchden dem deutschen Konsul Decker in Rio de Janeiro übergeben worden. Das Gericht in Rio hat auf Grund der von den hiesigen Behörden beigebrachten Verdachtsgründe dem Gesah des Auswärtigen Amtes stattgegeben und die Anlieferung des Ehepaars angeordnet. Der Konsul Decker ließ Gönczi und Frau in Begleitung zweier Kriminalbeamten sofort an Bord des Dampfers „St. Patria“ bringen, der bald darauf die Anker nach Hamburg löstete. Anfang Dezember dürfte der Dampfer in Hamburg eintreffen. Angeblich leugnet Gönczi noch immer, die beiden Frauen ermordet zu haben, und die Ehefrau bestreitet nach wie vor, an der That beteiligt zu sein.

**Kinderaussetzung.** Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 30. Oktober 1899. Am 7. v. M., abends gegen 8 Uhr, wurde von einer vermutlich mit rotem Kleid und schwarzem Hut bekleideten Frauensperson im Hufe des Hanses Großbeerenstr. 26 ein ungefähr 6 bis 7 Monate altes, mit weichen Haaren, weichen Flanellrock und weißwollenen Strümpfen bekleidetes Kind männlichen Geschlechts ausgelegt. Alle diejenigen, welche über die Person der bis jetzt nicht ermittelten Mutter oder sonst etwas zur Sache befunden können, wollen sich in den Vormittagsstunden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 334, 2 Et., melden.

**Zur Valentinschen Mordsache** bringt ein heiliges Blatt folgende Meldung: Sehr erster Charakter beginnt der Verdacht anzunehmen, daß die beiden in Kitzdorf abgefaßten Einbrecher mit der Ermordung Valentins in Verbindung zu bringen sind. So scheint es nunmehr erwiesen, daß einer der Diebe eine blaue Kinnförmige getragen hat, und man wird sich erinnern, daß in der vom Maler Hoffmann gegebenen Beschreibung der beiden von ihm beobachteten Männer eine solche Schleife ein hervorragendes Kennzeichen bildete. Man weiß auch bereits, daß diese Schleife zusammen mit einigen Kleidungsstücken verbrannt worden ist. Unter den beschlagnahmten Schlüssel wurde einer entbedt, der zu einem nicht am Oranienburger Thor gelegenen Hause der Chausseestraße paßte. Die Bedeutung dieses Umstandes ist darin zu erblicken, daß nach dem Zeugnis des Hoffmann jene beiden Personen in der Chausseestraße in die Thormische eines Hauses getreten waren. Im Besitze des Schlüssels, hatten sie demnach einen Augenblick daran gedacht, in jenem Grundstück zu verweilen, hatten es aber dann vorgezogen, nach der Schlegelstraße zu gehen. Daß die beiden Einbrecher dort gewohnt haben, ist von uns bereits mitgeteilt worden. — Nach einer anderen Richtung aber hat der Fortgang der Erhebungen zu einem ganz überraschenden Ergebnis geführt. Es drängt sich nämlich die Vermutung auf, daß sowohl der Hausdiener Schwandke, wie der Maler Hoffmann, welche völlig von einander abweichende Beschreibungen der von ihnen beobachteten Personen gaben, doch beide richtig gesehen haben. Mit anderen Worten: Es sind nicht zwei, sondern vier Personen an dem Mord beteiligt gewesen. Auf dieser Linie bewegt sich denn auch jetzt die aufs neue mit vollständigem Eifer betriebene Untersuchung.

**Ein gefährlicher Fabrikbrand** kam Montagabend 6 1/4 Uhr in der Dreierlei von Ernst Müffel, Kommandantenstr. 46, zum Ausbruch. Das gesamte Segepersonal bei der Arbeit war, verurteilt der Chef, einen großen Ballon Terpentinsäure auf eine Kiste zu stellen, wobei der Ballon verunglückte und seinen Inhalt über den Segepersonal ergoß. Während man noch mit dem Aufwischen beschäftigt war, fing die Flüssigkeit Feuer und setzte im Nu einen großen Teil des Saales in Flammen, so daß die Sege in höchster Hast flüchten mußten. Hohe Flammen schlugen sofort aus den Fenstern und es entwickelte sich ein solcher Qualm, daß die in den oberen Stockwerken befindlichen Personen stark belästigt wurden. Die Segeterei liegt im ersten Stock des rechten Seitenflügels, während unter derselben sich der Maschinenaal befindet. Da das Öl stark in den Fußböden eingedrungen war, so wurde binnen 1/2 Stunde die Decke des Maschinenales teilweise mit vom Feuer zerstört. Die Alarmierung war von verschiedenen Stellen aus erfolgt, so daß Mittelfeuer angenommen wurde; infolgedessen rückten vier Jäger heran, die den Brand bald erloschen. Die Maschinen sind unbeschädigt geblieben.

**Das Berliner Verkehrs-Verzeichnis** (Verlag von Max Schäferberger, mit Plan von Berlin 40 Bl.) ist schon in der Winter-Ausgabe erschienen. Es ist dies das einzige Berliner Verzeichnis, das die neuen Winter-Verhältnisse sämtlicher Straßenbahnen enthält. Bekannt ist die praktische Anordnung des gesamten Verzeichnisses und hier wünschenswerten Fortschritten. Auch im Verzeichnis enthält das Verzeichnis 28. Semestrier erscheinen die ersten eine erscheinende Halle von Nachweisen über den Verkehr und das öffentliche Leben in Berlin.

**Ein neuer Kursus für Geisteswissenschaften** wird an der 9. hiesigen Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene am Mittwoch, den 1. November, abends 7 Uhr eröffnet. Aufsichtswärter, Bureaubeamte, Arbeiter und Arbeitnehmer der verschiedenen Gewerbe finden hier unentgeltlich Gelegenheit, sich unter Leitung eines Juristen die für die verschiedenen Lebensverhältnisse wünschenswerten juristischen Kenntnisse anzueignen und über spezielle Lebensverhältnisse Aufklärung zu verschaffen. Insbesondere werden folgende Gebiete ausführlich zur Behandlung gelangen: Generalrecht, Arbeitsvertrag, Handels- und Wechselrecht, Arbeitserhaltung, Vormundschaftsverfahren, Prozeßrecht, Gerichtsverfahren, Anordnungen, auch für die verschiedenen anderen Verhältnisse, wie Zeichnen, Buchbinden, Modellieren, Rechnen, Deutsch, kaufmännische Korrespondenz, Französisch, Englisch, Russisch, Buchführung, Physik, Chemie, Stenographie, Maschinenzeichnen und Gesang nimmt der Herr Direktor Vogel täglich zwischen 7 und 9 Uhr abends im Amtszimmer Fruchstr. 38 entgegen.

**Orgelkonzert.** Der Orgelkonzert in der Marienkirche am Mittwoch, mittags 12 Uhr, wird ausgeführt von Herrn Musikdirektor Otto Dienst, Fräulein Gertrud Krauß, Fräulein Lotte Dienst, den Herren Alex. Curtz, Carl Haack, Herrn Gerlach, Hans Siro, Franz Ladmann, Georg Vidert und Rob. Schwichelmann. Das Programm verpricht mehrere Gesangsquartette, ein Terzett, ein Streichquartett und mehrere Solo-Vorträge. Der Eintritt ist frei.

**Circus Schumann.** Das alte Marktallengebäude in der Karlstraße ist nun doch wieder zum Circus geworden. Als der Berliner Magistrat die weiten Räume Herrn Ernst Reuz überlassen hatte, waren sie dem Mittelalter circensischer Künste jahrelang eine Goldgrube. Dann kamen andere Zeiten. Die vielen Laufende, denen die Arena immer noch der Schauspiel irdischer Sonnen ist, waren auf neue „Gesimäder“ gebracht worden. Verwünscht wandten sie sich ab von der Stätte althergebrachter Pferdedressur und im Jahre 1897 blieb Herr Reuz junior nichts übrig, als seinen Circus aufzulösen. Das Maß des Unglücks wurde voll, als die Gesimadler des Olympia-Theaters elend verbrachten und der letzte Gerichtsvollzieher melancholisch von dannen ging.

Nunmehr ist Herr Direktor Schumann mit seinem Wagen in die auf neue zum Circus eingerichteten Räume eingezogen. Schon im Hamburger Circus Reuz war ihm im letzten Jahre das Glück

hold und es scheint, daß er auch in das Berliner Haus wieder Licht und Leben bringen wird.

Das Herr Schumann bietet, fällt weniger in das Reich des Aufregend-Sensationellen als in Revier der gelehrten Künste, wenn man diesen Ausdruck in Bezug auf die Manege gebrauchen will. In allen Arten schwieriger Pferdedressur brillierte der Direktor durch Leistungen, die nach dem einstimmigen Urteil der Fachgelehrten auf dem Gebiete der Hippologie bewundernswürdig und zugleich von solcher Originalität sind, daß sie gelegentlich geschätzt wurden. Aber auch solchen Reuten, die nicht in die Antimitäten des Volkstums einzudringen vermögen, bietet der Circus Schumann eine Reihe abwechslungsreicher Glanznummern, Räumliche und weibliche Jodeln, Akrobaten, Jongleure und Komiker mühen sich in ihren schwierigeren Künsten mit Erfolg, das Publikum besonders durch die feinsten Sicherheit ihrer Uebungen zu fesseln. Von besonderem Interesse aber war ein Voloispiel auf dem Zweirade und die hübsche Darstellung einer Hirschjagd. Der Erfolg des ersten Abends läßt darauf schließen, daß Herr Schumann auch in Berlin auf das Interesse des Publikums bauen kann.

### Aus den Nachbarorten.

**Friedrichshagen.** Durch Urteil des Kreisaußschusses des Kreisess Niederbarnim ist den Besitzern der Brauerei Müggelschloßchen, Wallburg u. Janten in Berlin, das Recht zum unentgeltlichen Uebertragen von Personen über die Müggel bei Friedrichshagen und zwar zwischen dem Brauereigrundstück und dem Müggelschloßchen insofern zugelassen worden, als die entgegenstehende Polizeiverordnung des Amtspostbüros aufgehoben wurde. Der Streit spielt schon mehrere Jahre, seitdem die Gemeinden Friedrichshagen und Köpenick eine eigene Dampfstraße beim Müggelschloßchen errichtet haben.

**In Friedrichshagen** findet Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Bube, Prinzenallee 30, eine öffentliche Parteiversammlung statt, in der außer einem Vortrage des Gewerkschaften Jahrs die Berichterstattung vom Parteitag sowie die Rennwahl zu den Parteiamtern auf der Tagesordnung steht.

**Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend** beginnt am Mittwoch, den 1. November, seinen „Glocken“ über das Bürgerliche Gesetzbuch im Lokale des Herrn Behet in Tempelhofer, abends 8 1/2 Uhr. Referent ist Rechtsanwalt Victor Frankl. Thema: Der sociale Charakter des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Jedermann hat freien Zutritt.

**Schöneberg.** Der Arbeiter-Verdichtungsverein für Schöneberg hält am Sonnabend den 4. November im Lokal zum „Vindenspark“ ein Familienfranzösisch ab. Wir weisen darauf hin, daß das Lokal zu Versammlungen für die Arbeiter nicht zu haben ist. Die Lokalkommission.

**Schönholz.** Mittwoch findet bei Nidelmann, Rastanienwäldchen, eine Volkerversammlung statt, in der außer einem Vortrage des Gewerkschaften Jahrs der Bericht des Vertrauensmannes und die Rennwahl zu den Partei-Kemtern auf der Tagesordnung steht.

**Die Entgleisung eines Güterzuges** rief in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Berlin-Vottdam-Magdeburger Eisenbahn recht unangenehme Folgen hervor. Zwischen Burg und Genthin waren einige Wagen eines sog. Kalkzuges aus den Schienen geirungen und hatten dadurch das Geleise derartig unpassierbar gemacht, daß der nachfolgende, von Magdeburg nach Berlin gehende Nacht-Personenzug liegen bleiben mußte. In Vottdam soll derselbe um 1 Uhr 58 Minuten eintreffen, kam aber erst um 4 Uhr 30 Minuten morgens an, so daß eine größere Anzahl Passagiere gezwungen waren, sich die halbe Nacht in den Wartesälen herumzudrücken. Auch in Brandenburg a. S. ist es ebenso gewesen.

**Friedrichshagen.** Am Mittwoch findet bei Witwe Schulze, Seelstr. 22, eine öffentliche Parteiversammlung statt, in der die Berichterstattung vom Parteitag, sowie die Wahl des Vertrauensmannes, der Revisoren und der Lokalkommission auf der Tagesordnung steht.

**Soldatenmord.** Die „Vottd. Kor.“ meldet: Montagfrüh hat ein Rekrut der 8. Eskadron des 1. Garde-Infanterie-Regiments zu Vottdam sich auf gefährliche Weise getötet. Im Morgenrauschen hörte man auf dem Kalkhof, wie ein Gegenstand mit lautem Knall auf das Pflaster stürzte, und fand, als man hinzueilte, den Rekruten mit zerstücktem Schädel vor. Er ahnete zwar noch, verstarb aber bald darauf im Lazarett, zumal er sich auch noch, bevor er den Todessturz aus einem Fenster der dritten Etage unternahm, die Pulsader aufgeschnitten hatte. Dem Selbstmörder wollte das Soldatenleben abfolgt nicht gefallen und man sah ihn oft weinend und vor sich hin grübelnd in seiner Stube sitzen. Aus gleicher Veranlassung haben sich dieser Tage auch zwei Rekruten der Potsdamer Artillerie je einen Finger abgeknippen, weil sie durch diese Selbstverlesung hofften, vom Militärdienst befreit zu werden. Beide wurden nach dem Garnisonlazarett gebracht und ein Wachtposten vor die Thüre ihrer Stube dorthin gestellt, weil sie, nachdem ihre Wunden geheilt, strenge Strafen wegen Selbstverlesung zu gewärtigen haben.

**In der Jungferheide** hörten Sonntagnachmittag zwei Mädchen einen Schuß fallen und fanden einige Schritte vom Hinkelberg-Denkmal entfernt einen schwer verletzten Mann liegen. Die benachrichtigten der Ortsvorstand der Försterei Königsdamm, Förster Ohmeyer. Dieser rief durch den Fernsprecher die Hauptwache der Berliner Feuerwehre an und bat sie um Hilfe für den Schwerverwundeten. Die Hauptwache wiederum beauftragte den 16. Zug in der Pantstraße, das Erforderliche zu thun. So wurde denn der Mann mit einem Wagen der Feuerwehre abgeholt und nach der Charité gebracht. Hier ist der Unbekannte seinen Verletzungen erlegen.

## Gerichts-Beitrag.

**Zu dem Prozesse gegen den Verleger der „Gazeta Robotnicza“**, unseren Parteigenossen Franz Korawski, der der Verlesung der Staatsregierung und zweier Beamten in Oberhiesien beschuldigt war, wurde gestern von der dritten Strafkammer des Landgerichts I das Urteil gesprochen, nachdem die Verhandlung acht Tagen stattgefunden hatte. Das Gericht kam zu einem freisprechenden Erkenntnis, da sich nicht habe erweisen lassen, daß der Angeklagte Kenntnis von den beanstandeten Artikeln gehabt habe. Dagegen wird das Strafverfahren gegen den flüchtig gewordenen Redakteur Behnisch aufrecht erhalten.

**Das Waffenschen-Verbrechen.** Sonderbare Instrumente wurden gestern auf dem Zeugnis der Siebenten Strafkammer des Landgerichts I angeordnet. Da lagen Weischen verschiedener Art, Knuten mit Ledersträngen, scharfe Bürteln und außerdem noch eine Anzahl Gegenstände, über deren Benutzung sich ein Unbefangener keine Vorstellung machen konnte. Die Annahme, daß es lediglich Werkzeuge waren, die zum Feltern dienen sollten, war jedenfalls eine irrige. Es handelte sich um einen Prozeß gegen die „Wassche“ Ottilie Hanzwig, die der Kuppelerei beschuldigt war. Auf dem Tische lag außerdem noch ein ganzer Haufen Bücher und Manuskripte, die letzteren sollen von der Angeklagten selbst geschrieben, und sämtliche „Werke“ sollen unethischen Inhaltes sein. Die Verhandlung, die unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfand, muß böse Enthüllungen gebracht haben. Die Angeklagte wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Ein Mörderer** erhielt gestern durch Urteil der dritten Strafkammer des Landgerichts I eine harte Strafe. Der 21-jährige Arbeiter Paul Maranski befand sich in der Nacht zum 4. September in einer Wirtshaus in der Pfingststraße. Seine Mutter sandte ihm seinen 14-jährigen Bruder nach, der ihn holen sollte. Dies mag wohl den Maranski gedargert haben; er ließ seinen

Mumut an dem Bruder aus. Er wedte ihn durch Ohrfeigen, als er in der Wirtshaus einfiel. Dann ging er mit dem Jungen nach Hause. Unterwegs verlor er ihn noch mehrere Ohrfeigen. Es sammelte sich bald Publikum, welches über die Mißhandlung abfällige Bemerkungen machte. Zu seinem Unglück blieb auch der Dreher Albert Vary einen Augenblick bei der Gruppe stehen. Plötzlich wandte Maranski sich gegen Vary und ergriff ihn mit den Worten: „Was wollen Sie von mir?“ Am Arm. Vary befreite sich durch eine rasche Bewegung und erhob den Stock zur Abwehr. Im nächsten Augenblick erhielt er von Maranski einen Stich ins Auge und dann einen zweiten in den vorgehaltenen Arm. Vary brach zusammen, das Auge war ausgefallen. Der Uebelthäter ergriff die Flucht, er wurde aber verfolgt, eingeholt und von dem empöerten Publikum furchbar zugerichtet. Der Staatsanwalt beantragte gegen Maranski eine Zuchthausstrafe von vier Jahren. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

**Der frühere Verwalter des Charité-Kirchhofes** und Bureau-Diätar Otto Wilhelm Stranz wurde am Sonnabend aus dem Gefängnis vorgeführt, um sich zusammen mit seiner Ehefrau vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betruges zu verantworten. Wie erinnerlich sein wird, wurde Stranz im Juli d. J. vom Schwurgericht zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Es handelte sich damals um Unterschlagungen in Höhe von mehreren tausend Mark, die Stranz zum Nachtheil der Charité-Direktion begangen hatte. Die dem Ehepaare Stranz zur Last gelegten Betrugsfälle begründeten sich auf folgende Thatfachen: Auf dem Charité-Kirchhofe besteht die Einrichtung, daß sich Personen gegen ein Entgelt von 10 M. eine Grabstelle sichern können, die dann für sie bis zu ihrem Tode reserviert bleibt, auch wenn der Kirchhof mittlerweile für die regelmäßigen Beerdigungen geschlossen werden sollte. Wer eine solche Grabstätte, eine sogenannte „Wahlstelle“, erwerben will, hat einen diesbezüglichen Antrag durch Vermittelung des Kirchhofes-Verwalters bei der Charité-Direktion zu stellen, welche denselben beauftragt an die hiesige Armen-Direktion, als Eigentümerin des Kirchhofes-Grundstückes, weitergibt. Die Angeklagten sollen nur in 27 Fällen für derartige Wahlstellen freihändig verkauft und den Erlös für sich verwendet haben. Die Verlesungsaufnahme ergab nicht, daß die Mitangeklagte Ehefrau sich an den Straftaten ihres Ehemannes beteiligt hatte; nach dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, wurde sie freigesprochen. Der Angeklagte Stranz wurde zu einer Zuchthausstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Schutz den — Staatsanwälten.** Aus Dortmund wird berichtet: Einem hiesigen Parteigenossen, der sein Brot als Rechtskonsulent findet, hatte ein Rechtsanwalt Namens von Devis in einer Schöffengerichtssitzung den Vorwurf gemacht, er gehöre zu jenen heruntergekommenen Exzentriern, die in der Socialdemokratie Unterschluß fänden und von Arbeitergroßen lebten. Der Parteigenosse erhob gegen den Anwalt Privatklage wegen öffentlicher Verlesung der Ehre. Das Amtsgericht gab seinem Antrag statt und setzte den Termin auf den 23. Oktober fest. Dieser Termin ist jetzt aufgehoben worden, weil der Oberstaatsanwalt den Kompetenzkonflikt erhoben hat. In der Begründung der oberstaatsanwaltlichen Entscheidung heißt es, in der intimierten Anklage des Staatsanwalts liege weder eine Verletzung seiner Amtspflichten, noch eine solche strafrechtlicher Grund-sache vor. Wir heben hervor, daß der betreffende Genosse ein tüchtiger und sehr fleißiger Mann ist, der mit Erfolg bemüht ist, für seine zahlreiche Familie nach Kräften zu sorgen.

**Eine harte Geduldsprobe** hatten Zeugen und Angeklagte zu bestehen, die an einem Tage der verflochtenen Woche vor die vierte Strafkammer des Landgerichts II geladen waren. Für die erste Sache war nach dem Terminzettel eine Viertelstunde angesetzt, die betreffende Verhandlung dauerte aber länger als zwei Stunden. Die um 10 Uhr angelegte Sache nahm endlich um 1/12 Uhr, der um 1/11 anderannte Termin um 1/11 Uhr seinen Anfang an. Es ist ja natürlich nicht möglich, die festgesetzten Terminstunden ganz genau innezuhalten, da sich nicht voraussehen läßt, wie viel Zeit die Zeugenvernehmungen in Anspruch nehmen. In der ersten Sache kamen aber nicht weniger als 25 Urkunden zur Verlesung. Wie viel Zeit für den Vortrag eines so umfangreichen schriftlichen Materials erforderlich ist, läßt sich wohl vorher beurteilen. Man könnte in solchen Fällen bei Festlegung der nachfolgenden Termine mehr Rücksicht auf die oft recht kostbare Zeit der Prozeß-beteiligten nehmen und sollte ihnen nicht zumuten, stundenlang vergebens auf dem Korridor zu warten.

**Einen unerschämten Mißbrauch** mit dem Mitgefühl der Arbeitsgenossen hat der Schlosser Louis Jungbluth getrieben, der gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II stand. Der vielfach wegen Betruges verurteilte Angeklagte arbeitete im Januar und Februar d. J. in der Fabrik von Hugo Duda in Kitzdorf. Im Februar meldete er sich krank. Acht Tage darauf erschien er mit einem kleinen Wiederkübe auf dem Arm und erzählte mit thränenden Augen, daß ihm seine Frau in der Entbindung gestorben sei. Außer dem Kübe auf dem Arm habe er noch drei Kinder zu Hause. Er wisse nicht aus, noch ein. Er selbst sei arbeitsunfähig, er wisse nicht, wovon er die Frau beerdigen und mit den Kindern leben solle. Der Chef gab ihm zunächst 10 M. und da die Arbeiter auf Anregung des Werkmeisters eine Sammlung veranstalteten, so gab der Chef noch einmal 10 M. Die Arbeiter selbst hatten 22 M. aufgebracht. Bald trat er wieder in Arbeit, die er nach einiger Zeit wieder verließ. Nun kam die Ehefrau des Angeklagten und verlangte Auszahlung eines Lohnrestes. Mit Erlaunen hielt man ihr vor, daß sie nach Angabe des Ehemannes gestorben und längst begraben sei. Die Frau erklärte natürlich, daß sie davon nichts wisse. Die Anwesenheit kam der Staatsanwaltschaft zu Ohren, und das Resultat war, daß Jungbluth zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

## Verksammlungen.

**Eine öffentliche Versammlung der Steinseger** Berlin und Umgegend, welche am Sonntag im Lokale Brunnstr. 188 tagte, beschäftigte sich mit den Vorgängen in der neuen Steinseger- (Jungbluth-) Innung, soweit dieselben für die Steinseger, bezw. die Arbeiterschaft von Bedeutung sind. So habe z. B. bei der Wahl des Vorstandes die Gruppe der Scharfmacher über die mehr zu Kompromissen neigende Gruppe gestellt. Am 11. als Referent schlägt in Bezug hierauf nachstehende Resolution vor: Die 2c. Versammlung der Steinseger Berlin und Umgegend erklärt in der Zusammen-setzung des Vorstandes der neuen Berliner Steinseger-Innung die Bestätigung der Thatfache, daß die Mitglieder der Innung genommen sind, auch fernerhin der Leitung derjenigen Personen zu folgen, auf deren Anschauungen und provokatorische Maßnahmen es zurückzuführen ist, daß die Verhältnisse in diesem Jahre sich zu der angebrohten allgemeinen Aussperrung, bezw. zum allgemeinen Streik zugehört haben. Die Steinseger Berlin und Umgegend erklären, daß sie deshalb zu dieser Leitung der Innung nicht das geringste Vertrauen haben, daß dieselbe sich niemals ernsthaft bemühen wird, auch nur den Versuch zur Abänderung eines auf sozialpolitischer Erkenntnis und ökonomischer Gleichberechtigung der Arbeiter beruhenden gegenseitigkeitsverhältnisses zu machen. Die Verantwortung für die in Zukunft sich hieraus ergebenden Konsequenzen haben deshalb diejenigen zu tragen, die diesen Innungsvorstand gewählt haben.

Von dem künftigen Gesellenauschuss erwarten die Steinseger, daß derselbe allen Versicherungen und Maßnahmen der Innung die denkbar größte Vorsicht bezw. Mißtrauen entgegensetzt. Dagegen vertritt die Versammlung, durch die Schaffung und Aufrechterhaltung einer frammen, allezeit schlagfertigen gewerkschaftlichen Organisation dem Gesellenauschuss den nötigen Rückhalt zu schaffen.



damit derselbe stets in der Lage ist, die Forderungen der Arbeiter...

Weiter empfiehlt der Referent einen Antrag, wonach der am 5. November zu wählende Gesellenauschuss...

Was endlich die Schaffung einer schlagfertigen Organisation anbelangt, um die Erregung des Streiks erfolgreich machen zu können...

Nummernburg. Hier tagte am 26. Oktober eine von der Einwohnerschaft...

Ein grauerregender Fall ereignete sich kürzlich im Gouvernement Winok...

Vermishtes.

Der Erfinder der Sechsmaschine, Ottomar Mergenthaler, ist am 28. Oktober an einer Lungenerkrankung in New York gestorben.

Unfall. Bei einer Parforcejagd in der Gegend von Großenhain hat sich der sächsische Thronfolger Prinz Friedrich August...

In der Kreitiner-Anstalt Schönbrunn bei Dachau brach Sonntagmorgen eine große Feuer aus, durch welches der Turm der Kirche...

Eine neue Version über das Schicksal Andrés ist jetzt in England im Umlauf. Kontre-Admiral Champion hat einen Brief von seinem Neffen Mr. Alison erhalten...

Ein grauerregender Fall ereignete sich kürzlich im Gouvernement Winok, im Dorfe Gory.

Kapitän Rämpf von dem hier eingetroffenen Hamburger Schnell-Dampfer „Auguste Victoria“ meldet, daß er am 24. Oktober 6 Uhr abends den dänischen Dampfer „Polarsternen“ in See not angetroffen.

Marktpreise von Berlin am 28. Oktober 1899. Table with columns for commodity names and prices.

Produktenmarkt vom 30. Oktober. Die neue Getreidemacht erhöhte wiederum in matter Haltung. Am 30. Oktober-Roggen, für welchen noch einiges Decouvert besteht...

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1899, morgens 8 Uhr. Table with columns for stations, wind, temperature, and weather.

Orts-Krankenkasse der Sattler. Ernst Linemann. Am 28. d. M. hat das Mitglied Ernst Linemann...

Anna Stephan. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Marienburgerstr. 30, aus nach dem St. Georgen-Richthof...

Kranzbinderei u. Blumenhandlung v. Blumhandlung. Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Für 36 Mark. freigelegte Winter-Paletts nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß...

Buchhandlung Vorwärts. Berlin SW. 19.

Profokoll des Parteitags zu Hannover. 304 Seiten stark. Preis 50 Pfg., geb. 75 Pfg. Porto 20 Pfg.

Volta. Lehranstalt für Elektrotechnik. Fischerstrasse 10. Am 2. November beginnt ein grosser Elektro-Monteur-Abend-Kursus.

Möbel und Polsterwaren. A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Café-Lokal G. Günther, Ritterstr. 54.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Parteispeditionen: Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzel, Friedrichstr. 30...

Bitte lesen! Eine der Schweizer Uhrenfabrik möchte eine neue billige Uhr in Silber und Metall...

Fritz Linke, Zimmerstr. 33. Fort mit den Warzen! Eine Mariposa ist nicht so scharf, wie man glaubt...

Wer Geld will sparen. Durch Einkauf von grossen Posten an Antiquitäten und von Konsummassen verkaufe ich...

Dr. Simmel, Moritzplatz. Spezialarzt f. Haut- u. Geschlechtskrankheiten.

Haus Kayser, Götterstr. 6. Gelegenheitsläufe, Berlin, 131 Oranienstr. 131.



# Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstr. 132/33. \* Rosenthalerstr. 27/29, 54/55. \* Oranienstr. 53/54.

Dienstag, den 31. Oktober und folgende Tage soweit der Vorrat reicht:

## Porzellan Steingut.

Speiseteller, weiss, tief und flach 12 Pf.

Kaffeetassen, weiss 10 Pf.

Kaffeelöpfe, bunt 8, 10, 12 Pf.

Milchlöpfe, bunt mit Gold 10 Pf.

Kaffeeservices für 2 Pers., bunt mit Porz.-Tabl. 1,70 Mk.

### Französische Tassen

dünnes Porzellan, schöne Formen, feine Ausführung

bisher 70, 85, 95 Pf.

jetzt 48, 57, 63 Pf.

### Tafelservices

feines Porzellan mit reicher Blumen- und Golddekoration für 12 Personen

bisher 85, 112, 125, 146, 250, 440, 600 Mk.

jetzt 62, 85, 90, 105, 175, 300, 450 Mk.

Blumenlöpfe mit Untersatz, Majolika mit Blumen, 65 Pf.

Majolika-Nadelschalen 15 Pf.

Majolika-Fruchtschalen 80 Pf.

Majolika-Dessertteller 14, 16, 20 Pf.

Majolika-Kuchenteller 30 Pf.

Majolika-Kompottschalen 30 u. 42 Pf.

Kabarettts, zwei- und dreiteilig, 95 Pf.

Dessertteller, bunt mit Gold, 10, 13, 18 Pf.

Majolika-Dekorationsteller 20 Pf.

Milchlöpfe mit bunten Blumen, 10, 12, 14 Pf.

Mokkaservices, bunt Fayence, für 2 Personen, 2,50 Mk.

### Französische Kaffeeservices

in feinem Porzellan mit schöner Dekoration

für 2 Personen mit Porzellan-Tablettes  
bisher 13,50 Mk., jetzt 9 Mk.

für 6 Personen bisher 12 Mk., jetzt 8 Mk.

für 12 Personen bisher 15 und 24 Mk., jetzt 10 und 16 Mk.

## Waschgarnituren, bunt bemalt, 5 Teile 4,25 Mk.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk. Zahnarzt Woir, jetzt Leipzigerstr. 130. Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. [b

Künstliche Zähne, 3 W. an, vorzüglich, fest, schmerzlos, ein. Blomdieren, schmerzlos, Zahnziehen, Zahnfleisch, Rep. sof. Goldstein, Oranienstr. 123. Meine Zahnkammer, 30-80 Personen fassend, sind noch zu vergeben. 2904L. P. Zimmermann, Weberstr. 40c.

H. Grupes Tanz-Institut, Annenstr. 16 (früher Stadthaus). Sonntag-Kursus per Monat 3 Mk., Dienstagabend-Kursus p. Monat 4 Mk. Säle und Besprechungszimmer für Versammlungen u. Festlichkeiten. [2904C

Elektrotechnik! Neuer Abendkursus der „Elektra“ Mittwoch, den 1. November 1899, abends 8 Uhr. für Elektromontage, Installation u. Maschinenfach, Rechnen u. Algebra. Aelteste und einzige Lehranstalt auf wissenschaftl.-prakt. Grundlage. Keine Vorkenntnisse. — Glänzende Resultate. Praktische Abendkurse im elektrotechnischen Laboratorium. 29472\* Diplomzeugnis — Zielungsnaehweis. Anmeldungen schliesslich persönlich, auch Sonntag bis 1 Uhr Prinzenstrasse No. 55. Prospekt gratis und franco.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Vassalle, Marx etc. in Cigarrenformen, Pfeifen, Radeln, Brochen, Knöpfen, Büsten Bildern u. dgl., sowie jede Drechselware u. Repar. (Man verl. Drechselant.

Arbeiter-Berufskleidung für jedes Gewerke passend. Grösstes Lager. Beste Qualitäten. Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu! jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt F. Nahrstedt, Wrangelsstr. 40/41.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Gangbares Milchgeschäft ist wegen Krankheit billig verkaufbar Reichensbergerstr. 127. 479b

Für Buchbinder! Schreib- und Zeichenmaterialien + Geschäft nebst Buchhandlung (im Hause höhere Knaben- und Mädchenschule) ist preiswert an zahlungsfähigen Käufer zu verkaufen. Offerten Postamt 50 unter M. B.

Damenmäntel, Jodets, wirklich billig, verkauft Stranz, Alexanderstr. 15. 2012\*

Winterpaletots, Anzüge, Regentouren, Remontirrubren, Operngläser sportbillig. Pfandleihe Reanderstr. 6. 1172\*

Bettfedern, Stuhlrohre, Bambus. C. D. Kramer, jetzt Wallstraße 16.

Schlafsofa 24 Mark, wie neu Weberstr. 40b, Tapezier. 557b

Cigarrengeschäft mit Wohnung, Köpenickerstr. 113a, seit 1871 doppelte Beschäftigung, Fruchtbarkeit halber sofort billig veräußert. 553b

Kohlenhandlung mit großem Umsatz, beste Gegend, sofort zu verkaufen Preussenstr. 40. 545b

Milch- und Kolonialwaren-Geschäft sofort veräußert. Näheres Reichensbergerstr. 158, parterre. 559b

Sofa, ganz alte, taugt Erdmel, Weberstr. 40b. 556b

Galbrenner, beste deutsche Marke, mit Garantiechein, für jeden Preis Chorinerstr. 46/47, Kaufsch. 592b

Kauarientahne und Weiden billig zu verkaufen bei Gwald, Schöneleinstr. 6. 251K\*

Fahrräder, erstklassige Marken, 3 Jahre Garantie, Gefährliche Räder, noch gut erhalten, billig, Teilzahlung, Damenhofen mit eleganten Siderreifen von 1,30. Handbikerei - Wägelbedarf Donja, Alexanderstr. 30, Bordenhaus I. 2362\*

Möbel, bar und Teilzahlung, billig, Frankfurter Allee 110, I. Ede Köningbergerstr. 137R\*

Möbelverkauf. Möbelverkauf! Oranienstr. 2a, Ruhbaum tournierte Kleiderständer mit Rutschlaufsch. 36,00, Aufbettbetten, Küchenstühle 18,00, Rohrlehnstühle 6,00, Paneele 75,00, Auszugstische, Verbindungstische 12,00, Karmortelletten 25,00, Wuschelbetten, Säulenrücken 35,00, Tischgarnituren 36,00, eventuell Teilzahlung.

Bettstellen 9 Mark, Pannellischen Sofa 80 Mark, Säulenstuhl 70 Mark, Schlafsofa 23 Mark, Küchenstuhl 8 Mark, Rutschel-Kleiderständer 28 Mark, Anklammerstr. 20, Laden. 167R\*

Bettstellen mit Rutschlaufsch. 18, einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten, sowie aufgearbeitet mit neuen Bezügen. Möbelgeschäft Anklammerstr. 20.

Rainrätter, 10 Pfund - Collé, 5,50 Mark, Blumenhanig 4, - Mark, S. Eppler, Probuzing, via Krallau.

Gasföcher, Sparsystem, Preisnach 6,00, Dreifach 10,00, Gaskocher, Waschröfen 12,00, Gaskocher, Ofen 9,00, Teilzahlung, Wohlfahrt, Wallnertheaterstr. 26/27. (Rein Laden.) 207b

Fahrrad, hochlegant, Produktmaschine, schenkwert, sofort dringend sportbillig, Cigarrengeschäft Köningbergerstr. 7. 147/20\*

Fahrräder, Teilzahlung, maßige Anzahlung, direkt aus Fabrik, Lager von 400 Maschinen, gebrauchte Fahrräder stets vorrätig. Imperial - Fahrradwerke, Dieffenbachstr. 33.

Angekaupte Damenkleider mit hübscher Handbikerei, Reisekoffer, sonst tadellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhofen mit eleganten Siderreifen von 1,30. Handbikerei - Wägelbedarf Donja, Alexanderstr. 30, Bordenhaus I. 2362\*

Teppich, produktvoller, Rauerhof, Große Frankfurterstr. 9. 175\*

Becken, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Portieren, Teppiche, Bettvorleger sportbillig. Pfandleihe Reanderstr. 6.

Großer Möbelverkauf, Schützenstr. 2, Ecke Friedrichstraße. Ich führe nur gebiegene Möbel und liefere billiger als jeder Händler; da ich meine eigenen Tischlereien und Tapezierwerkstätten habe, so bin ich im Stande, schon hübsche und geschmackvolle Einrichtungen für 150 bis 300, elegante 400 bis 4000 Mark zu liefern. Jede Garantie übernehme. Ganz besonders zu empfehlen sind die vertriebenen und zurückgekehrten Möbel, die wie neu sind, zu ganz ermäßigtem Preise abgegeben werden. Darunter Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, große hohen Garnituren und einzelne Sofas, Schreibtische, Kleiderständer, Herristow, Garderoben- und Ankleidestühle, Wäschekästle, Truhen, sowie viele andere Möbel. Auch gebe ich an sichere Leute auf Teilzahlung. Gefaunte Möbel werden durch eigenes Gespann in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch nach anberthalb. 1138\*

Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 9, parterre. 175\*

Elektrotechnik, Behdewährte und messelbeute Abendkurse Wintersemester (6 Monate) beginnt 3. November. Anmeldung täglich. Jachon, Alte Jakobstr. 24. 245b

Elektra, Prinzenstr. 55. Neuer Abendkursus und Praktikum für Elektromonteur 1. November. 2182\*

Privat - Mittagstisch von 12-3 Portion 35 Pf. Oranienstr. 178, I. Damen separate Zimmer. 2342\*

Cranienstr. 108, Bierhaus zum Erlanger, großer Mittagstisch mit Bier 50 und 75 Pf. und Abendstisch zu eolven Preisen. 2272\*

Bereinszimmer mehrere Tage zu vergeben, 30-40 Personen, auch passend zu Zahlstellen, bei Heide, Chorinerstr. 55. 1120\*

Bereinszimmer Sunconstr. 23, Hild. 2452\*

Fahrrad-Reparatur billig und gut unter Garantie. Billige Zeugnisse für neue und alte Fahrräder, sowie Zubehörteile. A. Zimmer, Andradstr. 70. 487b

Möbel, Wirtschaften taugt Möbelgeschäft Anklammerstr. 20. 167R\*

Beschäftigung - Studierende leicht hässliche Zeitungen Verhalte Kleine Frankfurterstr. 24. 561b

Vermietungen. Schlafstellen. Zaubere Schlafstelle für einen Herrn, Nidel, Plan-Ufer 27, Ede Johannerstr. 513b

Parcigenosse zur möblierten Schlafstelle Köningbergerstr. 14, vorn 3 Treppen, bei Exampfe. 196\*

Schlafstelle (separat, 2 Herren, Rutenwoberstr. 29, Hof parterre links. 555b

Schlafstelle für Herrn Reichensbergerstr. 168 bei Finke. 1101\*

Schlafstelle Kochstr. 20, Hof links II bei Fenger. 546b

Zaubere Schlafstelle zu vermieten Rantenstr. 51, vorn III. Nidel.

Verkäuflerin sucht Schlafstelle sofort, Nähe Marktplatz, Kreuz, Wiedomsstr. 4, II rechts, per Abr. Wendler.

Schlafstelle Wahnstr. 35 IV, Witwe Gofinrad. 563b

Arbeitsmarkt. Stellenangebots. Tüchtige Rahmennacher verlangt Krifan, Kottbuser Ufer 32. 488b

Farbigmacher verlangt Wolff, Dieffenbachstr. 33. 554b

Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag verlangt Gwald, Schöneleinstr. 6. 251K\*

Farbigmacher verlangt Georgenstr. 14a. 542b

Einen Steinmetz und Schriftföher, einen Kartonschleifer verlangt Herr: berg, Lindestr. 3, I.

Tüchtige Schwarzdruck - Graveure finden dauernd lohnende Beschäftigung bei H. Kuerbach, Grünauerstr. 17.

Pappen - Zuschnelber verlangt Hien, Hild, Beuthstr. 5. 558b

Anaben-Anzüge, 50 Arbeiterinnen finden dauernd, lohnende Beschäftigung, Kämmer, Grünauerstr. 10, am Kona-Platz. 548b

Fahrräder verlangt Kämmer, Köpnickestr. 114. 549b

20 Näherinnen auf maßene und weiße Frauenkleider verlangt Geymer, Opernstr. 48, Hof parterre.

Arbeiterinnen zum Sortieren von Papierabfällen bei gutem Lohn sucht Josef Schmet, Wägelstr. 11. 1542\*

Arbeiterinnen verlangt bei dauernder Beschäftigung und gutem Verdienst Josef Schmet, Wägelstr. 11. 2402\*

Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Wegen Lohnunterschieden in der Bauwirtschaftlichen von Kurtzahn, Wägelstr. 6, Rigdorf, in Bezug feinschulden. 122/3\*

Achtung! Holzarbeiter! In der Bauwirtschaftlichen von R. Poockol, Weissensee, Köpnickestr. 130, haben die Tischler wegen Nichtzahlung der vereinbarten Tarifpreise die Arbeit niedergelegt. 277/7

Die Ortsverwaltung Weissensee. J. K.: G. Reine, Bevollmächtigter, Prenzlauer Chaussee 17, II.

### Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten: Robert Weigels, Frankstr. 30, 6. V. Vogel Wwe., Köpenickerstr. 83. Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

Nordosten: J. Neuf, Barmstr. 42.

Norden: W. Gahmann, Grünauerstr. 65. Karl Marx, Köpenickerstr. 95/96. Emil Stolzenburg, Wägelstr. 14.

Südosten: V. Dehnbach, Wägelstr. 24. V. Vogel, Wägelstr. 33. H. Tich, Wägelstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Salzweberstr. 8.

Südwesten: H. Chnefjörge, Bergmannstr. 23, D. II. H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süd: H. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten: Fritz Thiel, Wägelstr. 35. W. Geide, Wägelstr. 58. Martin Weidner, Wägelstr. 24.

Centrum: V. Gorch, Wägelstr. 27. H. Tich, Wägelstr. 23.

Charlottenburg: Gust. Scharrer, Schillerstr. 94 L.

Friedenau: S. Bernier, Wägelstr. 15.

Friedrichsberg: Anton Kopp, Friedrichstr. 4.

Pankow: Kammert, Wägelstr. 48. Hixdorf: G. Chermann, Wägelstr. 6. G. Neumann, Wägelstr. 50. Schöneberg: Wilt. Gämmer, Köpnickestr. 13. Weissensee: Heinrich Bachmann, Wägelstr. 1. Julius Schiller, Köpnickestr. 39a. Nob. Viehwagner, Wägelstr. 16.



Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der Posamentiere tagte am Sonntag bei Feuerstein, Alie Salobstraße. Die berichtet wurde, sind von mehreren Firmen die vor dem Einigungsamt festgesetzten Einigungsbedingungen, trotz der abgegebenen Versprechungen nicht innegehalten worden.

nehmer, die das vor dem Gewerbeamt abgegebene Versprechen nicht gehalten haben, einer herben Kritik unterzogen worden war, wurde die Lohnkommission beauftragt, bei der Firma Köstermann und Parinjanoff vorzulegen zu werden.

mann als Referent über Beamte und Militärmusiker sprach. Insofern führte aus, daß ungefähr vor einem Jahr Listen im Umtriebe waren. Diese seien von uns ausgefüllt worden; es sollte nachgewiesen werden, wie viel Beamte spielen und wo?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 31. Oktober. Scherzhaus, Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr. Schanzplatz, Coriolan. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches, Der Oberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur“.

CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstrasse 165. Neu! Die handelnden und tanzenden Derwische! aus Ober-Aegypten!

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Direktion: Richard Schulz. Täglich von 9 Uhr ab: Rund um Berlin.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft.

Ein gesunder Junge

oder: Dufel Cohn.

Central-Theater

Die Grisha.

Passage-Theater.

Neu! Anatomisch. Museum. Dienstag für Damen.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstrasse 132. Der Weltuntergang.

Palast-Theater

Feen-Palast, Burgstrasse 22. Abschiedsvorstellung zum letztenmal das große Oktober-Programm.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernis, VII 1711. Direkt: V. Bauserwein u. G. Emmerich.

Apollo-Theater.

Frau Luna

mit dem Luftballon „Grigolatis“.

Otto Reutter \* Chavita

The Gothams

Barra - Truppe

Cirkus Alb. Schumann.

Grösster equestrischer Cirkus der Welt.

Vierte Grosse Gala-Vorstellung

Täglich

W. Noacks Theater.

Der Verschwenker.

Sielmann & Rosenberg

Golf-Capes

Plüsch-Jackets

Plüsch-Capes

Capes und Kragen

Regenmäntel in neuesten Façons

Maehrs Theater

Oranienstr. 24. Grüne Jungs.

Cirkus Busch.

Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Grande Soirée Equestre.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges

Neues Clubhaus.

72. Kommandantenstr. 72.

5 1/2 Pd. Brot 50 Pfg.

Fertige Kleider

Neuheiten

Blusenkleid

Straassenkleid

Promenadenkleid

Jackenkleid

Jackenkleid

Wollene Blusenhemden

Matinee und Morgen-Röcke

Costüm-Röcke

Winter-Jackets

Plüsch-Jackets

Plüsch-Capes

Capes und Kragen

Regenmäntel

Golf-Capes

Plüsch-Jackets

Plüsch-Capes

Capes und Kragen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlfelle Berlin. Vertrauensmänner-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Vertrauensmänner-Versammlung für den Bezirk Süden.

Achtung, Holzarbeiter!

Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Julius Bernau.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Am Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Busse, Grenadierstr. 33.

Mitglieder-Versammlung

1. Besprechung über die Pariser Weltausstellung.

Achtung, Vergolder!

Donnerstag, 2. November, abends 8 Uhr, in den Arminhallen.

Öffentl. Versammlung

der im Vergolder-Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Köllner Hof.

Öffentliche Versammlung

der im Vergolder-Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Achtung! Friedrichsfelde. Achtung!

Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Babe.

Partei-Versammlung

für Männer und Frauen.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n.



Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung für den 40., 46., 47. und 48. Bezirk.

L.D.: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Kommunal-Freistimm“.

2. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwarten

I. Kommunalwahl-Bezirk.

Heute, Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Poststraße Nr. 3:

Kommunalwähler-Versammlung

1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Referent Stadtverordneter Bernhard Bruns. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung für den 6. und 7. Bezirk

Dienstag, 31. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, bei Köhler, Zeltowerstr. 38. Referent Kandidat des 6. Bezirks Gehmert Ferd. Ewald.

Für den 3. Bezirk

am Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lorenz, Markgrafenstraße Nr. 83.

Referent Reichstags-Abgeordneter und Stadtverordneter Fritz Zubell.

Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich in diesen wichtigen Versammlungen zu erscheinen.

Kommunalwähler des 26. Bezirks,

umfassend die Stadtbezirke 157, 160, 180, 190, 191, 192, 193. Am Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Elysium“, Landberger Allee 40-41:

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung

1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent der Kandidat des Bezirks: Hugo Heilmann. 2. Diskussion.

Kommunalwähler der III. Abteilung des 30. Bezirks,

Dienstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Alter Dessauer“, Artilleriestraße Nr. 32:

Versammlung

1. Vortrag des Kandidaten Verlagsbuchhändlers Joh. Sassenbach. 2. Freie Wandersprache. - Hierzu sind alle Wähler freundlichst eingeladen.

9. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. Oktober 1899, vormittags. Nur die Gewinne über 2500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in marks. Includes sub-sections for 'Am Gewinnrabe' and 'Verichtigung'.

Achtung! MAURER. Achtung!

Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Das System der Lohnarbeit und ihre Auswüchse. Referent Kollege Silberfeld.

2. Die Innehaltung der Vertragsbestimmungen bei den Bundesmitgliedern und Beschäftigung über die Verallgemeinerung derselben bei den übrigen Unternehmern. 3. Gewerblich.

Wir ersuchen die Kollegen, für diese Versammlung die größte Propaganda zu entfalten. Die Verbandsleitung. V. V.: Karl Panzer.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Mittwoch, den 1. November er., vormittags 10 Uhr: Oeffentl. Versammlung der Töpfer Berlins und Umg. bei Keller (großer Saal), Koppenstraße 29.

Tagesordnung: Sollen wir den Generalstreik aufheben? Jeder Kollege muß in dieser Versammlung anwesend sein.

Achtung! Former. Achtung!

Mittwoch, den 1. November 1899, abends 8 Uhr: Grosse öffentliche Formerversammlung

in „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23. Tagesordnung: 1. Ist es vorteilhaft, den Verkauf der öffentlichen Versammlung, Streikarbeit betreffend, aufrecht zu erhalten? 2. Das Vorgehen der Metallindustriellen.

Diese Versammlung ist von beiden daran beteiligten Organisationsparteien einberufen, daher ist es Pflicht eines jeden organisierten und unorganisierten Formers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Arbeiter-Gesangverein „Nord“

Donnerabend, 4. Novbr., bei Valschmieder (Gesundbrunnen), Badstraße 16: 10jähriges Stiftungsfest.

Freunde, Gönner, sowie ehemalige Mitglieder des Vereins sind hiermit besonders eingeladen.

MAGGI

Extrazugaben für Suppenknochen spart die Hausfrau, wenn sie zum Würzen der Suppen verwendet, wovon ein ganz kleiner Zusatz nach dem Anrichten genügt, um selbst nur mit Wasser und etwas Grünem hergestellte Suppen, ausserordentlich kräftig u. wohlgeschmeckend zu machen.

In Original-Fläschchen von 35 Pf. an zu haben bei Friedr. Stockmann, NW., Rostockerstr. 1. Original-Fläschchen zu 65 Pf. werden zu 45 Pf. und die zu M. 1,10 zu 70 Pf. mit Maggi nachgefüllt.

9. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 30. Oktober 1899, nachmittags. Nur die Gewinne über 2500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include winning numbers and prize amounts in marks. Includes sub-sections for 'Am Gewinnrabe' and 'Verichtigung'.

Vertical text on the far right edge of the page, likely a continuation of an advertisement or notice.